

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

36 (12.2.1925)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Musfestunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.— M. mit 90 S ohne Zustellung. Einzelpreis 10 S. Samstags 15 S. — Anzeigen: die einseitige Kolonelle 20 S, auswärts 25 S. Reklamen 80 S. Annahmeschluss 8 Uhr vormittags. Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Schriftleitung: Georg Schöpflin; für die Redaktion verantwortlich Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger. Druck und Verlag von G. C. & C. C., sämtliche in Karlsruhe.

Dem Kanzler des Bürgerblocks

Herr Dr. Luther weiß gegenwärtig in Karlsruhe, Herr Dr. Luther ist der Kanzler des Deutschen Reichs und — was den Tatbestand außerordentlich erschwert und verbößert, er ist der Kanzler der Deutschen Republik. Gott und aller Welt sei es laut und eindringlich geflagt: Herr Dr. Luther weiß also momentan in der Landeshauptstadt eines deutschen Freistaats, dessen Bevölkerung in ihrer Mehrheit nicht nur demokratisch, sondern auch ehrlich republikanisch gesinnt ist. Was gewiß dem Herrn Reichskanzler nicht unbekannt sein dürfte. Damit ist wohl auch gesagt, daß der Herr Reichskanzler nicht von innerer politischer Liebe getrieben in unser demokratisches und republikanisches Land gekommen ist, vielmehr um einer traditionellen und repräsentativen Amtspflicht zu genügen. Es ist richtig, die großen Berliner Herren kommen im allgemeinen sehr gern zu einem Absteher ins badische Land; sie schätzen die allezeit liebenswürdige Aufnahme, die sie hier finden. Als Herr Dr. Luther schon einmal hier weilte, als Reichsfinanzminister, wirkte die badische Gemütlichkeit so stark auf ihn ein, daß er den zu Ehren seines Besuchs in den repräsentativen Räumen des Hauses Schloßplatz 11 verammelten Herren eine wirklich gemüthliche, beinahe humoristische Rede über Finanz- und Wirtschaftsfragen hielt, bei der selbst wir sonst so frohen Menschenkinder des Rheins den erforderlichen Ernst vermissen.

Der Herr Reichskanzler wird sich am Donnerstag vormittag wieder im Kreise badischer Männer sehen, die nicht alle Demokraten und Republikaner sind. Es gibt auch im badischen Lande verhässelte Republikaner und unversöhnliche Monarchisten. Und er wird Männern entgegen, die ihm um deswillen die denkbar lebhaftesten Sympathien entgegenbringen, weil er der Kanzler einer Bürgerblockregierung ist, weil er die Anjungsheerung aller derjenigen ist, die aus der Demokratie heraus wollen und die in heißer Inbrunst das als baldige Ableben der Republik herbeiführen. Herr Dr. Luther braucht sich also auch in der badischen Landeshauptstadt nicht nur inmitten so greulicher Demokraten und Republikaner zu bewegen, die politische Musterkarte ist vielseitig — zum Aussehen.

Aber Herr Dr. Luther ist Gast einer Landesregierung, die bisher folgerichtig, und ohne jemals zu zaudern, republikanisch gehandelt hat. In guten und in bösen Stunden. Im engsten Kreise wird somit der Herr Reichskanzler sich ein wenig „geniert“ und nicht ganz heimlich finden. In Berlin hat es derzeit der Herr Kanzler Dr. Luther besser. Dort sitzt neben ihm, wenn sich das hohe Reichskollegium verammelt, Herr Schiele, deutschnationaler Monarchist, weshalb ihn wahrscheinlich der Herr Reichskanzler für besonders geeignet erachtet hat, als Reichsinnenminister über das Reich auf demokratischer und republikanischer Grundlage zu wachen. In Berlin können die allezeit so freundlichen Augen des Herrn Reichskanzlers wohlgefällig auf dem strahlenden Antlitz des Herrn Reichsaussenministers ruhen, des größten politischen Charakters der deutschen Nation, des Mannes, der sich nicht nur innerhalb vierundzwanzig Stunden auf ebensoviele Standpunkte zu stellen vermag, sondern der auch selbst inmitten der tiefsten Nöte des Reichs und des deutschen Volkes Zeit und Kraft noch genug findet, eine Krise um die andere herbeizuführen. Ferner sitzt Herr Reuß mit im hohen Reichskollegium, der der gottverdammten Republik als Beamter stolz den Treueid verweigerte, aber um ein Ministeramt sich doch zu dem „nationalen“ Opfer entschloß, den zuerst verweigerten Treueid der Republik zu leisten. Vielleicht nur mit gedämpfter Stimme. Und dann Graf Kaniß, der Edle aus Ostelbien, der sich aufs eifrigste bemüht, nach kleinen, aus der politischen Konjunktur sich ergebenden Irrungen, zu den Seinen wieder heimzuführen. Natürlich darf Herr v. Schlieffen nicht vergessen werden, der kraftvoll den Daumen auf den Beutel des Reichs drückt, wenn die Arme und Kerne hilfesuchend und bittend sich nahen, dem die Worte nur so von den Lippen fließen, wenn die unteren und mittleren Beamten ihre Kräfte Haasen, wenn er von dem fürchtbaren Elend der Geschäftsgruppen von 12 aufwärts hört. Jedoch würden wir den Tatsachen Gewalt antun, wenn wir nicht auch registrieren, daß im „lutherischen“ Kreise in Berlin auch ein Demokrat sitzt — Herr Dr. Gehler, der Reichswahlminister von Ewigkeit zu Ewigkeit, wie der spöttische Freischaider neulich einmal sagte. Außerdem sitzen im hohen Reichskollegium so wohl noch einige Herren, überhört auch schon beschriebene Blätter, aber derweil beschriebene Blätter nur für den Dienstgebrauch und für die Akten.

Herr Dr. Luther befindet sich in Karlsruhe in einer etwas anderen Umgebung und er wird Gott — aber vielleicht Botan? — danken, daß es jetzt in Berlin so ist und nicht wie in Karlsruhe. Der Herr Reichs-

kanzler wird am Donnerstag mit Vertretern badischer politischer und wirtschaftlicher Kreise politische und wirtschaftliche Fragen besprechen. Sehr schön. Und weil der Herr Reichskanzler in schöner Harmonie mit Herrn Dr. Stresemann den Ruhrindustriellen mit etwa dreiviertel Goldmilliarden so hilfsbereit unter die Arme geriffen hat, werden vielleicht am Donnerstag Hoffnungen zwischen eis und ein Uhr in der Erbprinzenstraße steigen. Gewiß, der Herr Dr. Luther hat wohl allezeit ein tiefes soziales Verständnis für die großen Schmerzen derjenigen gehabt, die im Besitz der Kapitalmacht sind; die Ruhrbedürftigen sind dafür ein für das Reich verdammter Beweis. Badische Unternehmer sind jedoch schließlich doch lange noch keine Schwerindustrieellen. Was die Herren niemals vergessen sollten. Für die „Aufwertung“ der — ach! — so schwer geschädigten und so kläglich um ihr trauriges Dasein ringenden Schwerindustrie im Ruhrgebiet hatte Herr Dr. Luther eine mildtätige Hand, bei der „Aufwertung“ für die um ihre Spargroschen so fürchtbar gebrachten kleinen Leute, ponzerte sich der Herr Dr. Luther dermaßen, um unempfindlich bleiben zu können. Und so wird es wohl bleiben; fabotieren doch die Deutschnationalen, denen zuliebe Herr Dr. Luther die gewagtesten Konzessionen gemacht hat, bereits ihre eigenen Aufwertungsanträge, um auch dem Herrn Reichskanzler gefällig sein zu können. Eine Liebe ist der anderen wert.

Ist es aber nicht unrecht, Herrn Dr. Luther gar im Verdacht reaktionärer Gesinnung zu haben? Hat er nicht als Reichskanzler feierlich allem Volk Lund und zu wissen getan, daß das Reichskabinett unter seinem Vorsitz beschloffen hat, daß an der gegenwärtigen Staatsordnung nichts geändert werden soll? Als der Herr Kanzler das sagte, mit erhobener Stimme, lächelten sich die Herren in der Umgebung der Westart und Herzt zu. Dr. Luther ist ja nur ein Anfang, vielleicht aber wahrscheinlich in den Augen der Deutschnationalen ein vielversprechender. Ein Reichskanzler, der sich im Kreise so ausgesprochener Reaktionäre und unverschämter Monarchisten präsentiert, wie es Herr Dr. Luther tut, wird kaum sonderlich verstimmt sein können, wenn auch seine feierlichsten Versicherungen auf Mißtrauen und Ungläubigkeit stoßen. Vielleicht fragt Herr Dr. Luther, falls es ihm gerade opportunt erscheinen sollte, in der ihm eigenen Liebenswürdigkeit und mit einem reizenden Lächeln, ob er in der Tat so reaktionär aussehe? Nein, Herr Kanzler, in der Tat, so leben Sie nicht aus — schon des Formats wegen. Und trotzdem halten wir die wir Republikaner sind, die in der festen Überzeugung leben, daß Deutschland nur als Republik auf demokratischer Grundlage gedeihen kann, Herrn Dr. Luther für eine Gefahr, weniger vielleicht durch das, was er will, und was er tut, sondern durch das, was er nicht tut und durch das was er dulden wird gesehen lassen.

Deshalb hat heute an unserer „Begrüßung“ des jetzigen Herrn Reichskanzlers die sprichwörtliche badische Gemütlichkeit keinen Anteil, deshalb sagen wir offen, wir bedauern es aufs lebhafteste, Herrn Dr. Luther als Reichskanzler im badischen Lande weilen zu sehen. Volk des tiefsten Mißtrauens verfolgen wir alle Handlungen und Schritte des gegenwärtigen Kanzlers. Wir im demokratischen und republikanischen Baden haben für den leitenden Staatsmann einer Republik kein Verständnis, der sich als Mitarbeiter halb und ganzstotreaktionäre Männer aussucht. Wir hoffen, daß die „lutherische“ Aera ohne allzu großen Schaden für das Deutsche Reich, für das deutsche Volk und für die Deutsche Republik rasch zu Ende gehen möge.

Reichskanzler Dr. Luther ist heute früh in der badischen Landeshauptstadt, von Stuttgart kommend, eingetroffen. Um 10 Uhr versammelte sich das badische Kabinett zu einer Sitzung, der Reichskanzler Dr. Luther beimohnte, um 11 Uhr findet sodann eine Aussprache über wirtschaftliche und politische Fragen vor einem größeren Kreis einladender Persönlichkeiten statt. Zu dieser Aussprache sind Einladungen an sämtliche Oberbürgermeister des Landes, an die Präsidenten der Landtagskammern, die in Karlsruhe wohnenden Reichs- und Landtagsabgeordneten, an die Spitzen der Reichs- und Landesbehörden, an die Vertreter von Kunst, Wissenschaft und Presse und an die Gewerkschaften und die Genossenschaften ergangen. Die Aussprache trägt vertraulichen Charakter. Am Nachmittage wird Reichskanzler Dr. Luther voraussichtlich der Karlsruher Luftfabrikstellung in der Ausstellungshalle einen Besuch abstaten. Sodann erfolgt die Rückreise des Reichskanzlers nach Berlin. In Beileitung des Reichskanzlers befinden sich übrigens Staatssekretär Dr. Kämmerer, der Pressesekretär des Reichskanzlers Geheimrat Sailer und Regierungsrat Dr. von Stodhaußen.

Schwere Grubentatastrophe

Etwa 100 Bergleute getödtet

Dortmund, 12. Februar (Eigener Funddienst). Im Südofeld der Zeche „Minister Stein“, Schacht drei, ist gestern abend 8.10 Uhr eine Schlagwetter-Explosion erfolgt. Sie hat einen außerordentlich heftigen Charakter angenommen. Die Strecken sowohl auf der 3., 2. wie auf der 1. Sohle sind durch Brüche gesperrt. Sofort nach der Explosion versuchten die Rettungsmannschaften die hinter den Brüchen liegenden Leute zu bergen, doch konnten nur vereinzelte Leute gerettet werden.

Im ganzen sollen 100 Bergleute den Tod gefunden haben. Viele Bergleute fanden auch deshalb den Tod, weil hinter den Brüchen die Gase nicht mehr abziehen konnten. Wie die Explosion erfolgte steht noch nicht fest und es werden darüber nur die lebend Geborgenen Auskunft geben können. Bis morgens 5 Uhr waren 30 Tode und 8 Lebende geborgen. Eine ganze Anzahl von Bergleuten fand auch den Tod auf der Flucht.

Die neue Lage in Preußen

Der Preussische Landtag hat am Dienstag im Pleban Reichskanzler a. D. Marx zum preussischen Ministerpräsidenten gewählt. Die Wahl bedeutet keine Ueberwälzung! Sie ist u. E. nur ein Willensausdruck der Koalitionsparteien, den Weg der bisherigen Politik vorläufig unter anderer Führung bis zur äußersten Konsequenz fortzusetzen. Marx vermag darüber persönlich die erforderliche Garantie zu bieten und konnte unter dieser Voraussetzung auch die Stimmen der Sozialdemokratie auf sich vereinigen. Er mußte im Reich von der politischen Führung zurücktreten, weil er die Bildung einer Regierung mit den Deutschnationalen und gegen die Sozialdemokratie ablehnte. In Preußen kann er jetzt wieder als wichtiger politischer Faktor mit dem alten Programm bezw. dem alten Willen auf der politischen Bühne erscheinen. Nur dann wird er in der Lage sein, sich auch für das zum Amtsantritt erforderliche Vertrauensvotum die Stimmen der Sozialdemokratie zu sichern.

Die jetzt von der Mehrheit des Preussischen Landtags betriebene Politik kann u. E. überhaupt nur den Sinn haben, zunächst die Interessen der Republik zu wahren und auf vorfristigem Wege die verlorene Position im Reich möglichst schnell zurückzuerobern, um die dort bestehenden unglücklichen politischen Verhältnisse mit einer starken parlamentarischen Mehrheit bald wieder in geordnete Bahnen zu lenken. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet wird die neue preussische Regierung ein ausgesprochenes Kampfkabinett gegen die Reaktion sein müssen. Der Verlauf der letzten interaktionellen Besprechungen in Preußen hat ergeben, daß maßgebende Zentrumsführer diese Auffassung teilen und auch bereit sind, der Sozialdemokratie in diesem Sinne bestimmte Zusicherungen zu geben. Aber diese Zusicherungen, die sich u. a. auch auf Personalfragen beziehen, reichen u. E. allein nicht aus, wenn das Zentrum Persönlichkeiten wie den früheren Reichsernährungsminister Hermes in das Kabinett delegieren will, während die Sozialdemokratie sich nur mit dem Innenministerium zufriedengeben soll. Wir sind nach wie vor der Auffassung, daß die zahlenmäßige Beteiligung einer Partei an dem preussischen Kabinett unter gewissen Voraussetzungen und unter Berücksichtigung der gegenwärtigen politischen Lage nicht ausschlaggebend sein kann. Diese Voraussetzungen schienen uns am Dienstag gegeben. Wir müssen sie aber vorläufig als überholt und nicht erfüllt betrachten, wenn das Zentrum in personeller Hinsicht auf vier Ministerien besteht und dazu noch das Landwirtschaftsministerium mit einem Mann besetzen will, der für uns in politischer Hinsicht gerade nicht mehr als Minister geeignet erscheint. Diese Absicht schafft für uns im Vergleich zum Dienstag eine neue Lage und erfordert eine stärkere zahlenmäßige Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung Marx, als sie anfänglich geplant war.

Die Sozialdemokratie ist bereit, zur Verteidigung der Republik die größten Opfer zu bringen. Aber auch das Zentrum sollte wissen, daß man von einer großen Fraktion, hinter der Millionen von Wählern stehen, nicht mehr verlangen darf, als sie ertragen kann.

Der Steuerkampf beginnt

Die Pläne des Reichsfinanzministeriums

Mit dem programmatischen Vortrag, den der Staatssekretär des Reichsfinanzministeriums Dr. Popitz am Dienstag vor dem Steuerausschuß des Reichstags gehalten hat, ist jener große Kampf um die Lastenverteilung eröffnet, der in den nächsten Monaten zwischen Welt und Arbeit ausgetragen werden muß. Es handelt sich noch nicht um eine endgültige Verteilung der Lasten, die sich aus dem Londoner Abkommen für Deutschland ergeben. In ihrer vollen Höhe von jährlich 2 1/2 Milliarden treten diese Lasten erst im Jahre 1928 in Kraft. Vorläufig gilt es, die eigene Staatswirtschaft auf feste, dauerhafte Grundlagen zu stellen und zugleich die Lücken auszufüllen, die durch Beschlagsnahme der Eisenbahnerträge und der Eisenbahnsteuer für Reparationszwecke in den Einnahmen des Reiches entstehen. Es liegt auch unter Beschränkung auf dieses Ziel noch kein völlig abgeschlossenes Programm vor. Vor allem fehlt noch der sehr wichtige Abschnitt, der den Ausgleich zwischen dem Reich, den Ländern und Gemeinden betrifft, und der noch den Gegenstand heftigsten Streits zwischen den Regierungen des Reiches und der Länder bildet. Was Herr Popitz vorgebracht hat, genügt aber schon, um zu erkennen, wohin die Reise geht: Auf allen Gebieten der Steuererhebung Entlastungen der Leistungsfähigen zwecks „Förderung der Kapitalbildung“, über die Entlastung der wirtschaftlich Schwachen dagegen schweigt des Sängers Stille. Vergewaltigt uns, was Herr Popitz an Hand der dem Reichstag vorliegenden Gesetzentwürfe angefündigt hat:

1. Die Einkommen- und die Körperschaftsteuer soll wieder auf den Boden der gleichmäßigen Veranlagung des Ertrags (statt des Umsatzes) gestellt, die monatliche Vorauszahlung soll durch die vierteljährliche (nach Ablauf des Quartals) ersetzt, das Rechtsmittelverfahren wieder in vollem Umfang in Kraft gesetzt, die Verzugszuschläge und Sündungszinsen noch weiter ermäßigt, vor allem aber ein neuer Steuertarif geschaffen werden, der für die großen und größten Einkommen die weitgehenden Ermäßigungen bringt, bei den kleinen und kleinsten Lohn- und Gehaltseinkommen die unerträgliche Belastung aber so bestehen läßt wie sie ist. Hinzukommen soll noch an Vergünstigungen für die Landwirtschaft die Einführung von nur drei Zahlungs-terminals statt der vier für die übrigen Berufe und weitgehende Beteiligung von Laien (also von Steuerpflichtigen aus der Landwirtschaft) bei der Veranlagung. Zur Hebung der Steuermoral (!) soll bei den größten Einkommen die Belastung nicht über 33 Prozent hinausgehen, während das Ausland zum Teil viel höhere Sätze erhebt. Dabei soll aber an dem Anfangssatz von 10 Prozent, der nirgends in der Welt von den kleinen Einkommen erhoben wird, festgehalten werden.

2. Bei der Vermögenssteuer soll an dem der Regierung äußerst hoch einschendenden Satz von 0,5 Prozent festgehalten, die in Geltung befindliche Progression bis zu 0,75 Prozent aber gestrichen werden. Die Vermögenszuwachssteuer, die noch zu Recht besteht, nach der 2. Steuerreformordnung aber nicht erhoben wird, soll auch weiterhin unerhoben bleiben. Die besondere Kapitalertragsteuer soll in die Einkommensteuer eingearbeitet werden, d. h. verschwinden. Das Hauptmotiv der Regierung bei der Schonung der Vermögen ist, die „Vermögensbildung“ zu erleichtern. Wenn sich neues Kapital bildet, das wirtschaftlichen Zwecken dienstbar gemacht werden soll, dürfte man es nicht zugleich wieder mit Steuern wegnehmen, sagt Herr Popitz. Schön! Aber auch Herr Popitz ist bekannt, daß die Vermögensbildung nicht durchweg wirtschaftlichen Zwecken dient. Weiter: Dient das Vermögen, das viele Kleine mit ihren Sparpennigen bilden, auf dem Umwege über die Sparinstitute nicht ebenso wirtschaftlichen Zwecken, wie das der wenigen Großen, die mit dem Vermögensertrag herrlich und in Frieden leben? Endlich: Was sollen die Arbeiter, die Kleinhandwerker, die Angestellten, die niederen Beamten dazu sagen, daß man dem Großbesitz die weitere Vermögensbildung durch Steuerliche Schonung erleichtert, für ihr Vermögen, nämlich die Arbeitskraft, aber nicht die geringste Schonung gelten läßt! Die großen Volkswirtschaftler im Reichsfinanzministerium scheinen immer noch nicht erkannt zu haben, wie hoch das Volkvermögen zu bewerten ist, das in der menschlichen Arbeitskraft investiert ist.

3. Auch auf dem Gebiete der Kapitalverkehrsbesteuerung sind weitgehende Erleichterungen geplant, über die Herr Popitz zahlenmäßige Mitteilungen noch nicht machte. Er deutete nur an, daß die Zulassung von Gesellschaften im Rechtsinn, die mit zu starken Abgaben belastet sei, wieder erleichtert werden müsse, daß man die großen Unternehmungen mit der Gründung von Schachtelgesellschaften nicht ins Ausland gehen lassen dürfe, kurz, daß man „zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung“ auch hier wirksame Ermäßigungen gewähren müsse.

4. Als Gegenstück für alle diese Entlastungen des zahlungsfähigen Besitzes sündigt Herr Popitz an, daß bei der Erbschaftsteuer „etwas stärker zugegriffen“ werden solle. Aber auch hier braucht der Großbesitz nicht zu erschrecken. Bei Erbverträgen soll der bei Millionen-erbischaften in Kraft tretende Höchstfuß von 15 Prozent erreicht werden, während das reiche England schon bei seinem Vorkriegswohlstand 20 Prozent erhob. An der Befreiung des Erbes der Ehegatten, die Stinnes sich so ausgezehrt zu machen wußte, soll nicht gerüttelt werden, abgesehen von kinderlosen Ehegatten.

5. Der Großtat der verschärften Erfassung des Kindeserbes bei großen Hinterlassenschaften folgt auf dem Zuge der antisozialen Plan der Besteuerung aller Wirtschaftsbetriebe der Länder und Gemeinden zugunsten des Reiches, und umgekehrt der Betriebe des Reiches zugunsten der Länder und Gemeinden. Ob das dahin führen soll, daß in jeder Gemeinde das Postamt zur Ge-

werbesteuer herangezogen wird, ist noch nicht aufgeführt. Von dem Standpunkt des Herrn Popitz aus, daß jeder, der sich am Erwerbseben beteiligt, unter den gleichen Bedingungen arbeiten müsse, hätte man die Frage zu bejahen. Das könnte ja nett werden!

6. Schließlich aber kommt die sozialpolitische Einsicht zum Zuge bei der Neugestaltung der Lohnsteuer. Nicht als ob die Reichsregierung dem sozialdemokratischen Antrag entsprechen wollte, den steuerfreien Lohnbetrag von 60 auf 100 M monatlich zu erhöhen. Das bedeute einen Ausfall von 600 Millionen sagt Herr Popitz mit erhobenem Finger. Darauf kann die Regierung, die 700 Millionen den Ruhrfürstigen zuwirft und allen Besitztümern die größte Rücksicht angedeihen läßt, nicht verzichten. Sie will aber den kinderreichen Familien in der Weise entgegenkommen, daß Lohnsteuerpflichtige mit mehr als drei Kindern für jedes weitere Kind nicht 1, sondern 2 Prozent Ermäßigung genießen sollen. Das sieht äußerst human aus, tut aber der Steuerlast nicht weh, weil die Zahl der Lohnsteuerpflichtigen mit vier und mehr Kindern nicht ins Gewicht fällt.

Ueber die Frage der Erhöhung der Steuer auf den „entbehrlichen Verbrauch“ ist sich die Regierung noch nicht im klaren. Entschlossen ist sie dagegen, die Umsatzsteuer in der jetzigen, sonst nirgends in der Welt bestehenden Höhe von 1 1/2 Prozent bestehen zu lassen! Die Erhebung einer Sondersteuer von dem über die Inflationszeit hinausgeretteten vollen Vermögensbesitz und dem trotz der Inflation ererbten Vermögenszuwachs, die den Aufwertungszwecken zu dienen hätte, lehnt die Regierung ab.

Kun lage noch einer, die Reichsregierung hätte kein soziales Empfinden! In den Kreisen der Deutschen nationalen waren sofort nach Bekanntwerden dieser Pläne Freuden ausbrüche zu beobachten. Die Volkswirtschaftler, deren Interessen von den Deutschnationalen vertreten werden, können sich über Mangel an Verständnis bei der Regierung wirklich nicht beklagen. Anders die Lohn- und Gehaltsempfänger und kleinen Leute überhaupt. Sie seien die Mehreren, sagte Herr Popitz, und die Masse müsse es bringen. Hoffentlich werden diese Massen aus der Tatsache, daß sie die Mehreren sind, auch einmal die entsprechende politische Rußanwendung ziehen. Wir werden es nicht daran fehlen lassen, ihnen zu jagen, worin diese Rußanwendung zu bestehen hat.

Prozeß Himmelsbach-Fernbach

Neue erregte Auseinandersetzungen

Paris, 10. Febr. Zu Beginn der heutigen Verhandlungen im Himmelsbach-Prozeß gab es gleich wieder recht erregte Zusammenstöße, als der Kläger Himmelsbach wieder schon in den letzten Verhandlungen den Vorwurf brachte, daß die Holzindustriellen sich zum Abschluß der Sonderverträge mit den Franzosen unter Zwang hätten entschließen müssen, weil die deutschen Reichsbehörden sich weigerten, die damals nach schwebenden Anträge zur Kenntnis zu nehmen. Dieser Behauptung wurde jedoch von den Vertretern der Reichsbehörden in ebenfalls sehr temperamentsvoller Weise widersprochen, jedoch mitunter mißverständlich von einer Verhandlungsführung kaum noch die Rede sein konnte. Der juristische Vertreter einer Holzfirma in Reims, Dr. Schmidt, erklärt, daß das Abkommen zwischen den 11 deutschen Holzindustriellen und den französischen Forstverwaltungen in erster Linie den Zweck verfolgte, die von den Franzosen bedrohten Wälder zu retten. Seine Firma habe erst sehr lange Zeit nach Abschluß der Sonderverträge mit ganz kleinen Schlägen begonnen. Bei einer Weigerung der Holzindustrie mußte man mit einer Beschlagsnahme der Werke rechnen. Es bestand weiter die Gefahr, daß die Franzosen selbst die Wälder abholzen und die Stämme nach Frankreich und Belgien ausgeführt hätten. Im Sommer 1924 haben die Franzosen Holz geschlagen. Der Verluste nennt es eine sehr interessante Feststellung, daß die Franzosen in mehreren Monaten nur 50 000 Kubikmeter zu schlagen vermochten, während es sich in den Sonderverträgen um die zehnmaligen Mengen handelte.

Der Vorstehende fragt weiter: „Was es bei dem Eigenbetrieb der Franzosen in den Wäldern keinen passiven Widerstand?“ Neuge: „Vollkommen ausgeschlossen! Bei der absoluten Verlegenheit des besetzten Gebietes war es den Arbeitern ganz gleichgültig, wer sie besaß, deutsche Firmen oder französische. Im übrigen möchte ich darauf hinweisen, daß die deutschen Behörden über die zwischen der Holzindustrie und den Franzosen schwebenden Verträge unterrichtet gewesen sind. Dr. Himmelsbach: Es ist bereits am 15. März mit dem Staatssekretär Hagedorn über die Sonderverträge gesprochen worden, aber er wollte damals ab und sagte, wir würden mit diesen Verträgen kein Geschäft haben, weil in dieser Angelegenheit ein Kabinettsbeschuß vorliegt. Ministerialrat Waniel: Auch ich erkläre, daß wir Ende März von den damaligen Reichsbehörden bei der hantierten Regierung eine Mitteilung erhielten, in der es hieß, daß die Firmen Himmelsbach und Schenk mit den Franzosen Verträge abgeschlossen haben. Genannte Aufkünfte konnten wir nicht erhalten, und wir haben auch von Holzindustriellen die Vertreter aller Behörden und Reichsstellen haben hier unter Eid bekundet, daß sie die Verträge kennen lernen wollten, daß aber immer und immer wieder die Holzindustriellen, die an den Verträgen beteiligt waren, die Vorlegung genauer Einsicht in die Verträge ablehnten.“

Tscheta-Prozeß

Leipzig, 10. Febr. Unter starkem Andrang des Publikums begann heute vor dem 1. Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik der große Prozeß gegen die sogenannte deutsche Tscheta. Von Seiten der Polizei sind umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden. Angeklagt sind 16 Kommunisten, sämtlich wegen Hochverrats bezw. Weisung dazu in Tateinheit mit Geheimbündeltätigkeit gemäß dem Gesetz zum Schutze der Republik, einige von ihnen auch wegen Verabredung gegen das Sprengstoffgesetz. Die Angeklagten behaupten, daß nach dem Wutier der russischen Tscheta die deutsche Tscheta gebildet wurde, um den gewaltsamen Sturz in Deutschland und die Diktatur des Proletariats herbeizuführen, sodann etwaige Vertreter an der kommunistischen Sache zu beteiligen. Dazu sollte eine straffe, zentralistische militärische Organisation dienen, für die Waffen, Sprengstoff und Munition beschafft werden sollte. Der militärische Leiter der ganzen Geheimorganisation soll ein Russe namens Stobolowitsch alias Goren gewesen sein. Die Angeklagten erhielten Schreiftmaterial und Scherbstücke Angeklagte erhalten Störzwe. — Im weiteren Verlauf des Tscheta-Prozesses verlangen die Verteidiger die Ablehnung des gesamten

Staatsgerichtshofes und des Vorsitzenden Dr. Nieber. Der Reichsanwalt sprach sich dagegen aus. Das Gericht wies schließlich den Ablehnungsantrag gegen Dr. Nieber als unbegründet ab und denjenigen gegen den Gerichtshof als unzulässig zurück.

Die geplante Militärkontrollnote der Alliierten

London, 11. Febr. (Eigener Funddienst.) Die von den Alliierten geplante Note über die Militärkontrolle in Deutschland soll nach der englischen Presse sehr umfangreich sein und im wesentlichen aus 7 Spezialberichten bestehen. Zu dem ersten Bericht wird angeblich ein vollständiges Verzeichnis mit Einzelheiten über alle Verfestigungen Deutschlands aus dem Friedensvertrag festgelegt. Zweitens soll der Nachweis geführt werden, daß die deutsche Regierung ein rechtliches System der Ausbildung der Reserve über die Grenzstädte, die im Friedensvertrage vorgesehen ist, hinaus eingeführt hat. 3. wird der Aufbau der Reserve und der Standorte eines kleineren Kapitels gewidmet. Der Abschnitt 4 gibt eine Erklärung darüber, daß die Schutzpolizei als eine unter der deutschen Regierung zentralisierte Kampfeinheit ausgebildet wird, statt über das ganze Land verteilt zu sein und den lokalen Behörden zu unterstehen. 5. Wird die Beschaffung begründet, daß die deutsche Regierung Maßnahmen zur Herstellung von Waffen verloren habe. Auch der „großen und kleinen Waffenfabriken bei Krupp“ wird ein kleineres Kapitel gewidmet. Die Note dürfte mit einer Erklärung abschließen, daß die ganze Organisation der deutschen Armee darauf aufgebaut sei, gegebenenfalls zu einer großen Streitmacht erweitert zu werden und infolgedessen die moralische und politische Abrüstung Deutschlands noch nicht durchgeführt sei.

Konfessionelle Keilerei in Marseille

Paris, 10. Febr. Gestern abend fand in Marseille eine öffentliche Versammlung statt, die von katholischer Seite einberufen worden war und in der man sich mit der Frage der Aufhebung der französischen Volkshaus beim Kaiser beschäftigte. Der Bürgermeister von Marseille, der sozialistische Senator Plancher, hatte schon vorher in einem Maueranschlag gegen das Einbringen des Volkshauses in der Versammlung der Stadt Protest erhoben. Nach Beendigung der Versammlung an der Generalrat der Gasse teilnahm, kam es zu einer Schlägerei, bei der 30 Personen verletzt wurden, darunter vier schwer.

Paris, 11. Febr. Die Zwischenfälle in Marseille, die sich am Montag abend nach Beendigung der Katholikerversammlung ereigneten, sind ernstesten Charakters. Außer etwa 100 Personen, die bei der Schlägerei verletzt wurden, sind in der vergangenen Nacht zwei Personen im Krankenhaus ihren Verletzungen erlegen. Verschiedene Verhaftungen sind vorgenommen worden. Die Untersuchung dauert an.

Französischer sozialdemokratischer Parteitag

Diskussion über die Unterhaltungspolitik gegenüber Serbien

Paris, 10. Febr. Der sozialistische Kongreß in Grenoble setzte heute vormittag die Erörterung über die allgemeine Politik der Kammerfraktion fort. Das größte Interesse nimmt die Rede des ehemaligen Abg. Louquet in Anspruch, der die Unterhaltungs- und die Kammerfraktion betriebe hat, nicht vollkommen billigt. Man müsse den guten Willen der Serben anerkennen und in Betracht ziehen, daß er nicht von heute auf morgen die Beschäftigung beeinflussen könne und daß es ihm nicht möglich sei, in so kurzer Zeit die Lebensmittelpreise herabzusetzen, aber er hätte viel energischer gegen die Spekulation vorgehen können und man müsse erklären, daß seine Regierung sich gegenüber den Magnaten der Eisenbahngesellschaften und den großen Räumern der Industrie und des Landes wie ein kleiner Knabe benommen habe. Louquet beschloß sich dann mit der letzten Rede Perriots und sagt: Wenn Jaurès noch lebte, als Perriot die absolute Theorie vom Abzug entwickelte, was würde er dazu gesagt haben. Jaurès, der ein wunderbares Buch über die Ursachen des Krieges von 1870 geschrieben hat, würde daran erinnern, daß diese Politik des linken Kleinrentners Frankreich die Kräfte Rußlands XIV und Napoleon einschränkt hat und er würde auch Bismarck Recht geben, es sei ebenfalls diese Politik der Befestigung des linken Kleinrentners, die es veranlaßte, daß 1917 der Friede geschlossen wurde. Im Namen der erfolgreichsten Sozialisten sprach Grundbach, der das Kabinetts-Generalsekretär der L. G. T. Dumoulin kritisierte den öffentlichen Anschlag der Kammerfraktion.

Paris, 11. Febr. Auf dem sozialistischen Kongreß in Grenoble sprach u. a. der Abg. Renaudel, der erklärte, die Grundlage der Unterhaltungs- und die Kammerfraktion nicht werden. Perriot habe viel von dem, was er in seinem Brief an die sozialistische Partei verprochen habe, bereits erfüllt, nämlich die Anerkennung der Sozialregierung, die Annahme des Dawesplanes und die Forderung des Rücktritts von der Siderfrage. Was die Rubrikpolitik anbelange, so sei zu bemerken, daß das Außenministerium nicht militärisch gerichtet sei, aber ein Zeitpunkt für die Abklärung sei festgesetzt. Wenn an diesem Tage Perriot sein Versprechen nicht halte, sei es aus mit der Unterhaltungs- und die Kammerfraktion. Bei der letzten Unterredung habe er ihn wegen der Taktik, die es zum Teil an den Tag gelegt habe, gebührend er habe versprochen, daß er seinen Kriegsminister zwingen werde, die militärischen Reformen durchzuführen. Er habe auch Verbesserungen hinsichtlich der sozialen Gesetzgebung zugesagt. Der Druck mit der Regierung könne nur kommen, wenn sie sich schwach zeige, oder wenn die Sozialisten im Lande eine solche bedruckte Angebots seien. Gegen 2 Uhr nachmittags wurde die Diskussion geschlossen.

Paris, 12. Febr. Am Sozialistenkongreß in Grenoble begann gestern nachmittag die Diskussion über die Wahlen für die Kammer. Der Abg. Barreux erklärte, man dürfe sich nicht für die Verhältniswahl entscheiden, dann würden die Arbeitslosen in der Kammer nicht genügend vertreten werden. Wenn aber die Kammer die Verhältniswahl annähme, dann werde der Senat diesen Antrag zurückweisen. Es sei deshalb notwendig, ihn vorzugeben, um kein Ergebnis zu erzielen, das die Partei vorteilhaft nicht wünsche. Wenn man sich aber entscheidet, dann solle man wohl bedenken, welche Folgen der Beschluß des Kongresses haben könne.

Die gestern vom Kongreß eingesetzte Resolutionskommission hat die ganze Nacht hindurch bis zum Morgen beraten. Ob es möglich gewesen wäre, sich über den Wortlaut des Ausschusses bezüglich der Unterhaltungs- und die Kammerfraktion zu einigen. Nach dem Bericht der Agentur danach war die Debatte teilweise sehr lebhaft. Die Abgeordneten Louis Blum, Renaudel und der ehemalige Abgeordnete Frank haben den Auftrag erhalten, einen vorläufigen Text auszuarbeiten, der die Grundlage für die weiteren Erörterungen in der Resolutionskommission abgeben soll.

Deutscher Reichstag

Eine kräftige Ausprägung der deutschen nationalen Schandpresse

Berlin, 11. Febr. Präsident Seebe eröffnete die Sitzung um 2.25 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhob Abg. Dr. Wirth (Str.) zu einer Erklärung das Wort, der sich gegen die Veröffentlichung des „Tag“ wendet, in denen der frühere Reichsanwalt Wirth mit den Geschäften der Firma Himmelsbach in Verbindung gebracht wird. Der Redner stellt fest, daß nach seinen Erkundigungen beim Gerichtsvorstandenden der Name Wirth oder irgendwelche Beziehungen seiner Person zur Firma Himmelsbach während des ganzen Prozesses überhaupt nicht zur Sprache gekommen sind. (Hört, hört links und in der Mitte.)

Trotz dieses Tatbestandes hat der „Tag“ seinen Namen vor die Öffentlichkeit gesetzt. Der Redner erklärt weiter, daß er in der fränkischen Zeit überhaupt kein öffentliches Amt bekleidet habe. Aus der jüngste Sekretär einer kleinen Vorzeitung hätte das Unflimmige der Behauptung des „Tag“ durchschauen können. (Lebhafte Zustimmung.) Nachdem vom Gericht diese Feststellung getroffen wurde, erklärte der „Tag“, daß mit dem Reichsanwalt nicht Dr. Wirth, sondern der damalige Reichsanwalt Cuno gemeint sei. (Beifall.) Der „Tag“ fügt dann hinzu: Angesichts der Tatsache, daß die geschäftlichen Beziehungen Wirths mit der Firma Himmelsbach bekannt seien, liege es nahe, ihn und nicht einen anderen Reichsanwalt als Quelle der Information der Firma Himmelsbach zu bezeichnen. (Stürmische Applaus und große Erregung links und in der Mitte.) Das Verhalten des „Tag“ muß als politische und moralische Korruption bezeichnet werden, wie sie schlimmer nicht gedacht werden könne. (Zustimmung links und in der Mitte.) Der Redner stellt dann weiter fest, daß auch Cuno mit der Sache nichts zu tun haben könne, da er zu jener Zeit ebenfalls nicht aus dem Amt geschieden gewesen sei. (Erneutes stürmisches Hört, hört.) Sein Nachfolger war Stresemann. Der Redner beschränkt dann alle Vorwürfe, die über seine geschäftliche Zusammenarbeit zwischen ihm und der Firma Himmelsbach erhoben worden seien, als unzutreffend, ebenso die Behauptung über veränderte geschäftliche Beziehungen. Auf der Rechten seien die Blige zum politischen System zu werden. (Stürmische Zustimmung links und in der Mitte, Unruhe rechts.)

Zu einer weiteren Erklärung erhob dann der frühere Reichswirtschaftsminister Abg. Schmidt (Soa.) das Wort. Der Redner geht ein auf Behauptungen der „Deutschen Tageszeitung“ und des „Tag“ im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit als Reichswirtschaftsminister. Er stellt fest,

daß die Einfuhr eines größeren Quantums Butter durch die Firma Barmat ohne kein Zutun erfolgte. Der Reichswirtschaftsminister habe sich selbstständig über die Ausfuhr genehmigt geben können. Aus dem Akten ergabe sich auch nicht das geringste über eine persönliche Rücksprache mit Barmat, aus dem sich erkennen ließ, daß irgend eine Benennung der Firma Barmat eintraten sei. Der Vorwurf der „Deutschen Tageszeitung“ sei eine niederträchtige Lüge. (Zustimmung links.) Die Behauptung der „Deutschen Tageszeitung“, daß ein Teil der Gewinne an dem Vaterzeitungsgehalt in sozialdemokratische Parteien geflossen sei, werde von der Staatsanwaltschaft nachzuprüfen sein. Es werde sich herausstellen, daß hinter dieser Behauptung ein elender Heuler stehe. Der Redner stellt fest, daß die „Deutsche Tageszeitung“ bereits seit mehreren Jahren im Besitz seiner Erklärung sei und trotzdem behauptet habe, daß er sich zu den Anschuldigungen bisher nicht äußert habe. Ein solches Verhalten könne man nur als eine verächtliche Handlungsweise bezeichnen. Der Redner stellt dann genau über der Behauptung des „Tag“ fest, daß er nie an irgend einem Diner, das Barmat gegeben habe, teilgenommen habe. Er behöre seit 1893 dem Reichstag an und wisse, daß im politischen Leben die Redensarten oft sehr hoch seien; aber eine solche Niederträchtigkeit der deutschen nationalen Presse sei ihm noch niemals begegnet. (Lebhafte Zustimmung und Beifall links.)

Abg. Feid (N.S.) beantragte, daß als erster Punkt der Tagesordnung das Staatsanwaltschaftsamt auf Aufhebung der Immunität des Abg. Lange-Obermann auf die Tagesordnung gesetzt und erledigt werde. Es sei merkwürdig, daß eine Partei, deren Vertreter in so großen Worten gesprochen haben, — (großer Lärm und stürmische Applaus beim Zentrum.)

Präsident Seebe teilt mit, daß bisher ein solcher Antrag von der Staatsanwaltschaft dem Reichstag nicht zugegangen sei. (Hört, hört rechts.)

Der Abg. Dr. Feid (N.S.) verliert die Rednertribüne unter lebhaften Applaus der Linken. Der Lärm dauert noch mindestens an. — Das Haus tritt darauf in die Tagesordnung ein und setzt die Beratung des Ausfalls des Reichsarbeitsministeriums mit der Aussprache über das Siedlungswesen fort.

Abg. Dr. Dauth (Soa.) fordert, daß jeder Wähler das über 2000 Morgen landwirtschaftliche benutzte überfließende Land an das Reich abtritt. Das Reichsiedlungsgesetz öffnet der Veranschlagung der Siedlungsarbeit Tür und Tor.

Abg. Ohler (D.M.) spricht der Sozialdemokratie das Recht ab, für die Bauern zu sprechen und fragt, was sie denn für die Bauern eigentlich geleistet hat, als sie die Mehrheit besaß. Selbst die 20 000 Hektar, die für die Umsiedlung an Siedlungsland geteilt werden, können nicht aufgetrieben werden. Wo soll man da jetzt noch mehr Siedlungsland hernehmen?

Abg. Mühlberg (Dem.) bezeichnet das Ergebnis der Siedlungsarbeit als keineswegs befriedigend. Die Einwohnerzahl müsse an die gewaltige nationale Bedeutung der Siedlungsarbeit erinnert werden. Der Redner fordert Reichsmittel für Projekte an die Siedlungsgesellschaften und Verleitung einer Siedlungsarbeit, was bisher auf dem Gebiete der Siedlungsarbeit geleistet worden sei. Der Redner wünscht ferner eine Neuregelung des Pachtgesetzes.

Abg. Behrens (D.M.) führt die Notlage der Klein-siedlungs-gesellschaften auf die Kreditnot zurück und fordert staatliche Hilfe. Es fehle nicht an Land und nicht an Siedlern, es fehle an Geld. Selbst bei freier Herabgabe von Land seien Siedlungen nicht durchzuführen.

Abg. Lutz (Wirtsch.) warnt davor, in den Siedlern zu große Hoffnungen zu erwecken. Man müsse darauf hinarbeiten, daß die Siedler Selbstverfänger werden.

Damit schließt die Siedlungsdebatte. Die Erörterung wendet sich sonstigen sozialen Maßnahmen zu.

Abg. Frau Jandaas (Soa.) wört vor Experimenten in der Fürsorgefähigkeit. Die ganze private Wohlfahrtsorganisation müsse der öffentlichen Wohlfahrtspflege unterstellt werden.

Abg. Frau Müller-Friedrich (D.M.) empfiehlt vor allem die notwendige Fürsorge und fordert ein allgemeines Wohlfahrts-

gesetz. Sie rühmt die Tätigkeit der Diakonissen und der Wohlfahrtsvereine und fordert deren materielle Verbesserung. Die Fürsorgegebiete sollten so erhöht werden, daß sie ein Existenzminimum bieten.

Abg. Frau Dr. Max (D.P.) lehnt die Überführung der Einrichtung der Privatenfürsorge auf die Gemeinde oder den Staat ab. Die freie Hilfsfähigkeit müsse erhalten bleiben. Die Schematisierung durch Staat oder Gemeinde wäre von Uebel. Die Anstaltenwohlfahrtsvereine sollten besser gestellt werden. Die Rednerin beantragt Hilfsmaßnahmen für die Fürsorgeempfänger, die durch die Inflation ihr Geld verloren haben.

Abg. Frau Dr. Lüders (Dem.) verlangt, daß das Reich aufmerksam darüber wache, wie die Väter und Gemeinden die Bestimmungen über die Fürsorgepflicht ausführen. Die Rednerin fordert, daß den Fürsorgeverwaltungen die Beamtenentscheidung mit Bezug aufgestellt wird.

Abg. Frau Henckes (Komm.) bezeichnet die Fürsorgepflicht als eine unerhörte Maßnahme gegen 5 Millionen Hilfsbedürftige und fordert ihre schleunige Beseitigung.

Abg. Frau Teich (Centr.) bittet dringend, aus dem Fürsorgegebiet alle parteipolitischen Erwägungen auszuschalten. Sie empfiehlt, alle Anträge in einem Ausschuss zu behandeln. Hoffentlich werden sie dann eine freundliche Aufstellung im Plenum erleben. Es wäre ungerade, wenn die staatlichen und städtischen Anstalten große Vergünstigungen und den Vorrang vor den Privaten genießen würden. Die private Arbeitslosigkeit müsse man unter den heutigen Verhältnissen doppelt unterstreichen. Das Zentrum werde immer praktische Sozialpolitik treiben.

Abg. Mumm (D.M.) hält es für notwendig, daß angesichts des großen Glends alle Parteien zusammenziehen. Die Kommunisten sollten doch ihre Agitationen wenigstens bei diesem Gegenstand unterbreiten. Am evangelischen Volksteil wirkten 40 000 Diakone und Diakonissen.

Die Beratung wird abgebrochen. Das Haus vertagt sich auf Donnerstag nachmittag 12 Uhr: Weiterberatung. Schluß nach 7 Uhr.

Aus dem Freistaat Baden

Wer ist für die Politik der Reichsbahn verantwortlich?

Ein reifizierter Kreisverbreitungsverband des Zentrums

Der „Badische Beobachter“, das führende Zentrumblatt des Landes, hatte in einer Aufschrift seiner Nr. 27 vom 27. Januar ds. J. den üblichen Versuch gemacht, die begriffliche und durchaus begründete Erbitterung der Eisenbahner über die sogenannten „Leistungslagen“ der Reichsbahn, den Personalabbau und die verschiedenen Betriebsveränderungen parteipolitisch auszunutzen. Zu diesem Zweck hatte er die ebenso lede wie perfide Behauptung aufgestellt, die für alle dies Verantwortlichen in Generaldirektion und Verwaltungsrat der Reichsbahn seien durchweg — Sozialdemokraten und Demokraten, da keineswegs — speziell im Verwaltungsrat der Reichsbahn mit Ausnahme von zwei Persönlichkeiten nur Sozialdemokraten und Demokraten seien. Die Sozialdemokraten und Demokraten würden also — so führte der „Badische Beobachter“ fort — gut tun, bei ihren Parteigenossen nach dem Rechten zu sehen.

Das leuchtet ihm, jenseit es die Sozialdemokratische Partei betrifft, gar nicht ein, in Form einer Anfrage an zuständiger Reichsbahnstelle in Berlin, auf welche Anfrage jetzt die folgende authentische Auskunft eingegangen ist:

Gewerkschaftliches

Reform des Schlichtungswesens

Es liegt im Wesen der Schlichtung, daß die herrschende Klasse sich dieser Einrichtung zur Niederhaltung der Arbeiterschaft bedienen will. Die Schaffung von Zwangsarbeitsstellen durch die Verbindlichkeitsklärung eines Schiedsgerichts, der für die Arbeiterschaft unerträgliche Bestimmungen aufweist, ergibt die weitere Gefahr, daß das wichtigste Recht der Arbeiterschaft, das Streikrecht, ausgeschaltet wird. Diese Nachteile haben immer bestanden und sich auch mehr oder weniger ausgewirkt. In letzter Zeit aber scheinen sich die Fälle der Beeinflussung der Schlichtungsinstanzen durch die Unternehmer und die Regierungen zu mehren. So berichtet z. B. die „Metallarbeiter-Zeitung“ vom 24. Januar 1925 gleich über zwei derartige Fälle und die Zeitung des Deutschen Verbands der Arbeiter vom gleichen Tage verweist auf die Tatsache, daß sich in Württemberg sogar der Landtag mit der Beeinflussung der Schlichtungsinstanzen durch die Regierung befaßt haben mußte.

Die Verbindlichkeitsklärung hängt wie ein Damokles-schwert über der Arbeiterschaft. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsverband hat sich in seiner Bundesversammlung schon vor einem Jahre für eine erhebliche Einschränkung der gesetzlichen Möglichkeiten der Verbindlichkeitsklärung ausgesprochen. Aber auch die Arbeiterschaft hat sich über diese Dinge klar zu werden. Allzu neuem hat man oft gedacht, was ein starkes Gewerkschaftsrecht, ein Schlichtungsrecht, wird es schon machen. Aber allzu bald kam die Ernüchterung hinterher, denn ein schlechter Schiedsrichter durch die Verbindlichkeitsklärung zum Zwangsarbeit wurde. Was aber nicht kam, das war die Erkenntnis der Arbeiterschaft, die nun unter so schlechten Bedingungen arbeiten mußte. Es wurde auf den Schlichter und auf die Gewerkschaft geschimpft, statt sich klar zu machen, daß man gute Arbeitsbedingungen nur durch eigene Kraft erringen kann und zu diesem Zweck starke Gewerkschaften haben muß, die auch kämpfen können.

Nach alledem ist ein Artikel des Schlichters Dr. Böllers, Vortragender Rat beim Senat Bremen in der „Deutschen Bergbau-Zeitung“ vom 24. Januar 1924, „Woban des Zwangsarbeits“ auch für die Arbeiterschaft von großem Interesse, da in ihm ein durchaus möglicher und erträglicher Ausweg gezeigt wird. Dr. Böllers schreibt:

„Soll in der Frage der Beseitigung des Zwangsarbeits etwas geschehen, so mußte das von Seiten der Interessenten ausgehen. Tarifliche haben Unternehmer und Arbeitnehmer es in der Hand, den Zwangsarbeits mehr und mehr zu beseitigen und überflüssig zu machen. Das kann vor allem dadurch erreicht werden, daß die Bildung von Tarifgemeinschaften gefördert und Tarifschiedsgerichte von den Parteien vereinbart werden. Noch immer vermischt man in Tarifverträgen Bestimmungen darüber, welche Stellen für die Auslegung des Tarifvertrages, für Streitigkeiten aus dem Tarifvertrage und für die mit dem Tarifvertrage zusammenhängenden Lohnfragen zuständig sein sollen. Werden hierfür Schiedsstellen vereinbart, so wird dafür gesorgt, daß die streitigen Fragen aus dem Tarifvertrage von sachkundigen Personen behandelt werden. Auch für die Fragen der Erneuerung des Tarifvertrages empfiehlt sich die Vereinbarung einer Schiedsstelle für den Fall, daß die beiderseitigen Organisationen sich nicht einigen können.

— Die Zusammenfassung der Schiedsstellen wird regelmäßig so vorzunehmen sein, daß von beiden Interessentengruppen die gleiche Anzahl von Vertretern ernannt wird. Es empfiehlt sich jedoch nicht, sich mit der rein paritätischen Besetzung der Schiedsstellen zu begnügen. Die Parteien sollten vor vornherein in der Vereinbarung einen unparteiischen Vorsitzenden vorsehen. In der Praxis kommt es häufig vor, daß rein paritätisch zusammengesetzte Schiedsstellen infolge Stimmengleichheit feilschen und eine Regelung nicht zustande bringen. — Durch vereinbarte Schiedsstellen wird eine erhebliche Zahl von Streitigkeiten aus der Welt geschafft werden können und zwar auch dann, wenn die Schiedsstelle lediglich beredigt ist, den Parteien unverbindliche Vorschläge zur Beilegung des Streites zu machen, ohne daß die Parteien sich vorher verpflichtet haben, den Vorschlag der Schiedsstelle anzunehmen.“

Die Gewerkschaften treten natürlich in erster Linie für die hier vorgeschlagenen tariflichen Schiedsstellen ein und es wäre durchaus zu begrüßen, wenn auch die Schlichtungsstellen diese Entwicklung fördern wollten und in die Schiedssprüche betrieblige Bestimmungen über tarifliche Schiedsstellen aufnehmen würden. Allen Unternehmervereinigungen wäre jede Verbindlichkeitsklärung zu verjagen, solange sie sich gegen tarifliche Schiedsstellen sperren. Auch die Arbeiterschaft kann und muß diese Entwicklung herbeiführen, indem jeder Arbeiter und jeder Angestellte Gewerkschaftsmitglied wird und seiner Gewerkschaft in allen Tagen die Treue hält. Dann werden die Unternehmer sehr bald begreifen, daß es ohne die tariflichen Schiedsstellen gar nicht geht. Die Arbeiterschaft muß sich wieder mehr auf ihre Gewerkschaften verlassen, sie darf nicht die Besetzung aller Räte durch irgend eine Verhabe erwarten. Es ist erfreulich, daß auch die Schlichtungsinstanzen das selbst einsehen. Diese Erkenntnis sollte nicht verloren gehen und von der Arbeiterschaft durch Schaffung harter Gewerkschaften gefördert werden. Nicht beginnt wieder die alte Gewerkschaftsarbeit auf lange Sicht, die schon in der Vertriebszeit viel Opfer erforderte, aber auch die deutsche Arbeiterbewegung zur ersten in der Welt gemacht hat. Es liegt auch hier nur an der Arbeiterschaft, sich diesen Ehrenplatz zu erhalten.

Genossenschaftsbewegung

Große Genossenschaftsversammlung.

Den Auftakt zur erwarteten genossenschaftlichen Arbeit gab der Verband bad. Landw. Genossenschaften (Körperschaft), Karlsruhe in diesem Jahre durch seine in Karlsruhe, Heidelberg und Mosbach abgehaltenen großen Frühjahrsversammlungen. Hierzu hatten die in obigem Verband zusammengeschlossenen landw. Genossenschaften von Achern bis Wertheim zahlreiche Vertreter entsandt, was als Zeichen dafür anzusehen ist, daß man in ländlichen Kreisen den Wert dieser Veranstaltungen wohl zu schätzen weiß. Die jeweiligen Vorsitzenden — in Karlsruhe Verbandsvorsitzender E. E. Seidenheim, in Heidelberg Verbandsvorsitzender E. E. Seidenheim, in Mosbach Verbandsvorsitzender E. E. Seidenheim — eröffneten die Versammlungen und begrüßten die erschienenen Teilnehmer. Darauf sprach Verbandsvizepräsident Dr. E. E. Seidenheim über den Wiedererwerb der Genossenschaften. Von der Hauptgenossenschaft sprach der Bevollmächtigte P. E. E. Seidenheim und Vizepräsident der Genossenschaften und Direktor E. E. Seidenheim referierte über die Not der Landwirtschaft und über die Hilfe, die zur Zeit von der bad. Regierung durch Verteilung von Geldmitteln diesem in seiner Existenz so schwer bedrohten Volksteil gewährt wird. Die Ausführungen, getragen von einer tiefen Erkenntnis der wirtschaftlichen Notlage der Landwirtschaft, lösten die reifliche Zustimmung aller Anwesenden aus. Die sich anschließende Aussprache war sehr interessant und hätte den Teilnehmern manche fruchtbare Anregung mitgegeben haben, als Anregung für eine erfolgreiche Arbeit im landlichen Genossenschaftswesen.

Aus der Partei

Sitzungen.

Samstag, 14. Febr., abends 8 Uhr, findet im „Nebelkammer“ die Generalversammlung der Sozialdem. Partei statt. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Genossen, zu erscheinen.

Aus dem Freistaat Baden

Landesamt für Arbeitsvermittlung.

Die Geschäftsräume des Landesamts für Arbeitsvermittlung befinden sich ab Mittwoch, 11. ds. Ms., in dem früheren Gebäude des Verwaltungshofes, Karlsruhe, Hans Thomastr. 19, Fernsprecher: 4968.

Aus der Partei

Konföderale Vertretung Oesterreichs.

Die österreichische Regierung hat den Leiter des österreichischen Konsulats in Mannheim, Herrn Ernst August Wodeneimer zum Honorar-Generalkonsul ernannt. Nachdem ihm das Reich das Ehrenamt erteilt hat, ist Generalkonsul Wodeneimer zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen erneut zugelassen. Der Amtsbezirk des Konsulats in Mannheim bleibt unverändert.

Unterhaltung und Belehrung

Die Flüchtlinge

Roman von Johannes Vinnankowski

27

Rachdruck verboten.

(Fortsetzung)

So verging der Vormittag. Untela fühlte, wie die Schmerzen, die in diesen Tagen manchmal sehr heftig gewesen waren, vollständig nachließen und eine seltsame, mit Müdigkeit gemischte Kühle ihn zu beschleichen begann. „Am Nachmittag“, dachte er, „so glaube ich.“ Das Testament lag unter dem Kissen und wartete nur auf seine Stunde. Alles war in Ordnung, er selbst mit allen im Klaren.

Und so begannen seine Gedanken immer öfter aus der Gegenwart in die Vergangenheit zu wandern — nach Tanaftland, in sein Mannesalter, zu seiner Schwester, zu seinen früheren Geföhnen und Aedern, zu seiner verstorbenen Frau. Namentlich zu dieser und den Zeiten in Dumifangas. Bald gruben sie zusammen die Ackerbeete länger, bald arbeiteten sie sonst etwas. Wie wenn Majia hin und wieder heimlich nach ihm geblickt und genickt hätte: „Was gehen dich die Hofbestherstochter an, laß uns nur hier arbeiten — du siehst doch, daß wir uns bald ein Gehöft geschaffen haben!“

Wie wenn er selbst wieder genickt hätte, ebenfalls heimlich: „Gewiß sehe ich es, gewiß sehe ich es — laß uns nur arbeiten!“

Da aber, gerade vor der Mittagszeit, wachte er gleichsam auf, und sein sorgender Tapaftgeist begann sich wieder zu regen. Er bemerkte, daß doch noch nicht alles erledigt war — dort für Tanaftland.

„Es ist vielleicht doch unnötig“, dachte er. „Karollina wird es auch ohne das verstehen.“

„Es ist nicht einerlei, es muß doch gesehen“, beschloß er und wollte Hella hereinrufen lassen.

„Vielleicht denke ich es immerhin erst fertig“, meinte er bei sich und begann zu überlegen.

Als er aber da lag und sann, wurde alles so lebendig, wie wenn Hella schon bei ihm gewesen wäre und sie angefangen hätten.

„Wir wollen einen kleinen Brief nach Tanaftland an Karollina schreiben“, sagte er bei sich zu dem Mädchen. Es war, als hätten sich ihre Lippen zu einem dreiten Lächeln verzogen, als sie den Namen Tanaftland ausgesprochen hätte, und wie wenn sie mit der Feder zwischen den Fingern eifrig Anstalten getroffen hätte.

„Wir wollen so schreiben: Ich konnte dir nicht früher Nachricht schicken. Aber jetzt ist besser Zeit. Du hast freilich recht gehabt, Schwester. Aber es ist doch zum guten Ausgeschlagen.“

„Ich er glaubte zu bemerken, wie ihn das Mädchen mit verwundernden Augen ansah und dann fragte: „Wird sie t u hieraus verstehen...?“

„Sie versteht es schon — die Schwester“, erwiderte Untela in solchem Ton, daß auch das Mädchen sofort einjaß. So ist es ja, Schwester und Bruder verstehen sich doch immer.“

„Schreiben wir dann so“, fuhr Untela wieder in seinen Gedanken fort: „Mir ist Majias Grab eingefallen. Wächstest du wohl hingehen und nachsehen, ob das Kreuz nicht umgefallen ist, und dann ein wenig säubern, falls trotzende Zweige von der Spitze heruntergefallen sind oder Unkraut darauf gewachsen ist.“

Er sah den Friedhof vor sich — mit den Espen, Birken und Weiden, den weißen und schwarzen Kreuzen. Uppiger als alle anderen stand die große Espe in der Ecke, und Majias weißes Kreuz blinkte so schön unter den beleuchteten Zweigen hervor.

Aber plötzlich fiel ihm etwas schwer aus dem Herz — er erinnerte sich, daß er sich dieser Ecke einmal gleichsam gesichert hatte. Doch dies Gefühl ging bald vorüber. „Karollina wird es schon machen“, dachte er.

Im nächsten Augenblick entsann er sich nicht mehr, daß je so etwas gesehen war. Er sah nur das Kreuz unter den Zweigen hervorstechen. Dann hörte er ein leises Klirren — das zarte Klirren der Birken und Weiden und das lautere Klirren des Espenlaubes vereinigte sich zu Tönen. Ihm wurde so wunderbar warm und feierlich zu Mute, daß er sich umsah, wohin er sich setzen sollte, um den Klängen länger zuhören zu können.

Doch zugleich fühlte er, als habe ihn Hella am Hembärmel berührt: „Was soll ich dann schreiben?“

„Ach, ich habe ja den Brief ganz vergessen! — Nun nur noch dies: Diesmal weiter nichts. Ich wollte dir nur mitteilen, daß ich an euch gedacht habe. — Sey aber noch das Datum.“

Das Mädchen beugte sich wieder zum Schreiben nieder. „Daraus versteht sie es, wenn sie hört, daß es gerade kurz vorher gewesen ist“, dachte er.

Der Brief war nun fertig. Doch dachte Untela noch, was er dem Mädchen dann selber sagen sollte, da dies sicher das letzte Mal war, daß er mit ihr sprach.

„Möchtest du denn gern nach Tanaftland zurück?“

„So furchtbar gern“, antwortete sie und senkte den Kopf.

Er streckte die eine Hand aus und legte sie dem Mädchen auf den Scheitel: „Du kommst schon noch hin. — Hab nun Dank für alles!“

Dann verank er wieder in seine Gedanken. „Eigentlich sollte ich selber auch hin — neben Majia — dorthin gehöre ich ja doch“, überlegte er. „Das könnte ich ja bestimmen.“

„Kühnheit!“ schloß er nach einer Weile. „Es ist ja einerlei, wo ich liege.“ Und in seinen Ohren begann wieder das stille Tönen der Birken, Espen und Weiden zu saunen.

Gleich danach fiel ihm jedoch wieder etwas ein, und er bliete neben sich: „Du besorgst ihn doch dann zur Post?“ Er mußte über seinen eigenen Irrtum lachen — der Brief war ja noch nicht geschrieben! Er fühlte sich aber müde, und ihn verlangte, noch etwas dem wunderbaren Klängen zu lauschen, das immer noch in seinen Ohren tönte.

„Er ist ja dann am Nachmittag bald geschrieben — wo er jetzt fertiggedacht ist.“

Um die Mittagszeit kamen die Burshen herein, wie um nachzusehen, ob sie es noch wagen könnten, zu den Arbeiten auf den Acker zu gehen, oder ob sie zuhause bleiben sollten.

Untelas Augen begannen zu strahlen, als er sie erblickte. Er bemerkte, daß sie niedergeschlagen waren. „Lodert sich die Krume gut?“ fragte er, um ihre Gedanken abzulenken.

„Ja, sehr schön“, erwiderte Bistori erleichtert. Untela nickte ihnen zu und lächelte. „Es geht Ihnen wohl noch gar nicht so schlecht, Untela?“ fragte Bistori ängstlich plump.

„Nein — es geht mir schon besser“, antwortete Untela. Es war wirklich wahr, aber ihm schien es, als sei es keine aufrichtige Antwort in dem Sinne gewesen, in dem die Burshen gefragt hatten. Er winkte sie zu sich.

Es tat ihm weh, daß er nicht zu ihnen sagen konnte, wie er gewollt hätte: „Möge euch der Hof zum Glück gereichen — euch und euren Kindern!“ Er hätte so gern gerade diese Worte den fleißigen, braven Jungen gesagt, die er liebte wie eigene Söhne.

Aber er konnte es nicht. Er streckte ihnen nur beiden die Hand hin und sagte in gerührt bebendem Ton: „Sagt nun Dank, Jungens!“ nickte mit dem Kopf und schrie sich der Wand zu.

Die Burshen saßen es als Abschiedsgruß auf, schauten noch einmal hin und gingen dann mit Tränen in den Augen schnell hinaus.

(Schluß folgt.)

Kunstämpfe — Kunstkrämpfe

Unter diesem Titel schloß das „Karlsruher Tagblatt“ (Nr. 38 v. 4. Febr. Abendausg.) einen Kämpen vor zur Behandlung der zur Zeit an der Landeskunstschule schwebenden Fragen.

Der (natürlich anonyme) Kritiker beginnt mit einem Loblied auf den „großen Ruhm“ der Karlsruher Akademie der letzten 30 Jahre. Er vergißt aber zu schreiben, wie dieser Ruhm geendet hatte, und wie der Kurs, der besonders in dem letzten Jahrzehnt vor dem Umsturz gestiegen wurde, so verhängnisvoll war, daß die Revolution für die maßgebenden Zustände geradezu als eine Erlösung kam. Denn sie waren mit ihrem Latein völlig zu Ende. Wohl wirkte kurz vorher noch Trübner er als letzte große Bezugspunkt aus einer früheren Zeit an der Akademie, aber sein Einfluß auf die Kunstgeschichtliche in Baden wurde in sehr enge Grenzen gebannt. Unter seinen Kollegen so, wohl wie im Ministerium wurde er, trotzdem er bereits europäische Berühmtheit nach, höchstens als gleichwertig mit den Karlsruher Lokalgrößen eingeschätzt, und er beklagte sich bitter über die Behandlung, die ihm von oben oft gegenüber andern, die sich in die auch damals sehr nötigen diplomatischen Gänge einfinden konnten, zu Teil wurde. Wie wenig man seiner Bedeutung gerecht wurde, davon zeugt ja heute noch die Karlsruher Galerie. Mit rechtlichen Trübner-Bildern ist jede größere deutsche Galerie besser ausgestattet als der Ort, an dem Trübner auf der Höhe seines Schaffens und seines Ruhmes gewirkt hatte.

Wie der „große Ruhm“ der Akademie am Ende der erwähnten 30 Jahre von den Sachverständigen eingeschätzt wurde, kann man daraus entnehmen, daß fast die gesamte badische Kunstlerkammer, die sich nach der Revolution in der „Organisation der Künstler Baden“ eine Vertretung zu schaffen verfuhrte, gegen die an der Akademie herrschende, engstirnige und verhängnisvolle Diktatur protestierte und in Klagen darüber ausbrach, was aus der Karlsruher Akademie geworden war. Die stehenden Männer dieser Bewegung (Vorstände der Organisation waren Goebel, Grimm, Gebhardt und Wolf) waren gewiß keine Revolutionäre von Haus aus und sie geböhrten ganz verschiedenen Kunstrichtungen an. Und auch von den drei Männern, die das Ministerium sodann zur Sanierung der badischen Kunstankalten berief, wurde die Auffassung von der Sterilität der Anstalt geteilt, also von Männern, die durchaus keine negativ revolutionären Naturen waren und deren Namen heute noch von der deutschen Kunstwelt und wohl auch vom „Karlsruher Tagblatt“ als Langballe genannt werden. Etwas mehr Vorsicht ist schon am Platz, wenn man das alte Loben will, nur um das neue herabsetzen zu können.

Nach dieser einleitenden merkwürdigen captatio benevolentiae beginnt der Anonymus einen Tanz im Kreise herum. Im ersten Teil wird nämlich bemängelt, daß die Verwaltungsbehörde bei der Bestellung von Lehrkräften diktatorisch vorgegangen sei, im zweiten Teil wird von der Regierung zur Behebung behaupteter Mißstände ein „Mühner Griff“, also diktatorisches Vorgehen bei der Befragung der freien Stelle verlangt. Was soll nun die Regierung machen, um sich nicht von neuem dem schmerzlichen Tadel von Herrn K. M. A. ausgesetzt zu sehen?

Weiter wird im ersten Teil das neue System der Landeskunstschule als falsch bezeichnet und die am Ausbau dieses Systems angestellten Lehrkräfte an den Pranger gesetzt, am Schluß des Artikels wird aber als Rettungsmittel aus der Not gerade wieder das empfohlen, was im großen und ganzen als das Programm des neuen Systems erscheint. Denn man verfuhrte ja gerade auch tüchtige Praktiker mit pädagogischem Talent an die Schule zu bringen, sah weniger auf genialische Persönlichkeit und betonte mehr den Schul- als den Akademiedarakter der Anstalt. Es scheint, daß sich der Kritiker von dem heutigen Betrieb derselben gar nicht genügend Einblick verschafft hat, sonst könnte er nicht die Behauptung aufstellen, der Schule fehle es heute im Gegensatz zu früher an Ordnung und Tradition.

In der Verquickung von Akademie und Schule erblicke ich einen der Gründe für das Verfallen der staatlichen Kunstankalten Deutschlands in der Zeit vor dem Kriege. Und halte es deshalb für einen Fortschritt, die Anstalten aus diesem Dilemma heraus nach einer der beiden Seiten hin zu entwickeln. Nachdem da und dort die ersten zaghaften Schritte in dieser Richtung unternommen wurden, erhoffe ich von der Erfahrung die die Zeit bringen wird, eine Klärung und Besserung. Aber nur nicht mehr zu der Gedankenlosigkeit des Ephemers vor dem Kriege zurückkehren, das sich tatsächlich eingelassen hat und in dessen Empfehlung die Ausführungen des Artikelverfassers, soweit man sie überhaupt ernst nehmen kann, zu gipfeln scheinen. Ob die Vereinigung von Kunstgewerbe- und Kunstschule dabei richtig war, wage ich auch heute noch zu bezweifeln. Als dieser Plan seiner Zeit hier auftraute, habe ich ihn in einem Aufsatz im „Karlsruher Tagblatt“ bekämpft. (Damals war das Tagblatt bekanntlich fortgeschrittlich orientiert und nahm auch Ansichten aus dem „anderen“ Lager auf.) Von einem einzigen hiesigen Künstler wurde mir damals ein private Zustimmungserklärung zuteil. Alle anderen, die bald nachher über die Anstalt und verfehlte Maßnahmen jammerten, haben in dieser sowie in allen andern Fragen in jener Zeit geschwiegen.

Die Tatsache, daß es nicht möglich war, eine Persönlichkeit wie Haußmann trotz des guten Willens, wie ich glaube, aller Beteiligten (einschließlich desjenigen Haußmanns selbst) an der Anstalt zu halten, bestätigt mich in der Auffassung, daß wie Anstalt hätten, die Frage nach der Möglichkeit und der Berechtigung staatlichen Kunstbetriebes von Grund aus durchzudenken. Aber der hier auftauchende Fragenkomplex ist m. E. zu ernst und bedeutungsvoll, um in dem polternden Tone des Tagblattes behandelt zu werden.

Was hat aber der gute Mann gegen Professor Haußmann, daß er so sehr fürchtet, die Regierung könne den Versuch machen, ihn doch noch dem Lande zu erhalten? Der Anonymus unterstellt, ohne auch nur das geringste Angebot eines Beweises, jenem Künstler Pläne und Absichten, die ihn in der öffentlichen Meinung herabwürdigend sollen. Und das alles in einem häßlichen, durch das Verhalten des Herrnverfassers in seiner Weise gerechtfertigten Tone. Derartige persönliche Angriffe gegen einen anständigen Menschen anonyim zu bringen, grenzt doch schon an feigen Revolverjournalismus. Warum verweigert die Redaktion des „Karlsruher Tagblattes“, das sich doch sonst immer als Verteidiger der guten alten Zeit aufwirft, in diesem Falle so sehr gute alte ritterliche Sitten?

Zum Schluß wird dann die Vorkellung einer neutralen Kunstpersönlichkeit gefordert. „Neutrale Künstlerpersönlichkeit“ ist ein Widerspruch in sich. Der Versuch ihrer Vermittlung kommt dem der Quadratur des Kreises gleich. Die Angst vor Persönlichkeiten, der Versuch, an ihre Stelle mit „Neutralen“ aufzutreten, ist der Anstalt vor dem Kriege schlecht bekommen.

Die neue Kunstpolitik hat gewiß nicht alle Hoffnungen zur Erfüllung gebracht, die in weiten Kreisen gehegt wurden, aber es zeigte sich doch das Bestreben, Künstler, die entweder als solche oder als Lehrer Bedeutendes zu leisten verfuhrten, nach Karlsruhe zu bringen. Die Zusammenziehung des Lehrkörpers ist heute vielfach tiefer und furchiger, als in den letzten Jahren vor dem Kriege. Es ist intolerant, dagegen zu wettern, daß man auch einen Vertreter einer extremen modernen Richtung berufen hat. So wenig die „modernen“ Künstler hier Segnungen gründen können, so wenig können wir 2 Kunstschulen hier haben, eine „alte“ und eine „moderne“. Dazu ist eben Baden zu klein und seine Mittel zu schwach. Solange man sich also nicht entschließen kann, die Kunst von staatlicher Bevormundung überhaupt frei zu machen, um die staatliche Kunstschule aufzulösen, solange müssen sich die Vertreter der verschiedenen Kunstrichtungen an der Anstalt miteinander vertragen. Und wenn es gelingt, die im großen und ganzen gesunde Mischung an der Anstalt zu erhalten, so kann man die Ankerkreise der realistischen Kunstkreise, die ihre alle Kleinereckheit wieder ersehnen, ohne Schaden für das badische Kunstleben überleben. Th. B. H.

„Haltet den Dieb!“

Hoho! Hoho!
Warum lächeln sie so?
Die Tintenfüll von Strinnes Gnaden,
Die Schmucks von hohen Anpassungsgraden,
Die gemieteten Kapitals-Maximierten,
Die Pressescheß mit Majordepaulenten?
Da muß ein Stank zu verfuhrten sein,
Woll die Kerle wie die Verleerter Idioten.
In der Tat, sie öffnen gewaltig das Maul
Und brüllen, der Freiheit sei oberauf,
Wenn einer mit Darmen ein Kalkett feißt,
Sie lassen, daß denn der Befeh verfußt,
Die man so fein und geheim und geschickt
Die Hühner mit Galbmillen gepickt.
Dem Publikum wird etwas vorgekerft,
Fast jeden Tag wird ein andrer „entlarvt“,
So wird seine Milderung abgekerft,
Doch es nicht an den Aufwärtungshimmel denkt.
Mit dem die ehrlichen Rationalen
Den Gimpelfang trieben bei den Wahlen.
Lamm! Lamme! ist jeder Nummer,
Dann fällt der Deutsche nicht so den Nummer,
Doch immer in Aiden noch der Feind bestiekt,
Weil deutsche Studenten Soldaten gepiekt!
Hui! Hui! Hui! Hui! Hui!
Schreit jeder gekaufte Pechstuck,
Damit der Mensch aus dem Auge verliert,
Wie stark die Presse schon selbst korrumpiert,
Wie sie hauchend vor dem Wille des Wills,
Des angebeteten Großkapitals,
Wie sie als Gehör auf alles beißt,
Was ihrem allmächtigen Wohlwollen mißfällt.
Loh! Loh! nur weiter! Wille! Schraub!
Doch lacht auch den Dummern, der es auch glaubt!
D. B. H.

Ferdinand Rabinger

Ein neuer Schlag des Reichsfinanzministers gegen die Gemeindebeamtenschaft

Der Verband der Gemeindebeamten Badens hatte gestern seine Mitglieder von Karlsruhe und Umgebung in den Garten...

Die Versammlung war von Beamten des Landesfinanzamts...

Der Reichsfinanzminister hat die Beschlüsse der Nationalversammlung vom Jahre 1920...

Es gelang es eine Resolution einstimmig zur Annahme...

Die badische Gemeindebeamtenschaft beurteilt das Vergehen des Reichsfinanzministers zur Verwirrung des Besoldungsgesetzes...

An den Reichstag wurde folgendes Telegramm geschickt: Wir erheben gegen die unsachliche, tendenziöse Denkschrift...

Die Ausführungen des Redners wurden oft von Entrüstungsrufen unterbrochen...

Die Versammlung, an der auch die Landtagsabgeordneten Weismann und Mann...

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Starbefälle. Christian Reich, Schlosser, alt 69 Jahre. Franziska Münger, alt 50 Jahre...

Karlsruher Chronik

• Karlsruhe, 12. Februar

Geschichtskalender

12. Februar, 1804. Der Philosoph Immanuel Kant in Königsberg (Ostpreußen) — 1800 Charles Darwin, Naturforscher, in Shrewsbury. — 1837. Der Schriftsteller Ludwig Büchner in Paris.

Parteinachrichten des Soz. Vereins Karlsruhe

Jugendsozialisten. Freitag, 13. Febr.: Zusammenkunft im Jugendheim mit wichtiger Besprechung...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Jugendabteilung. Am Freitag, 13. Febr., abends 8 Uhr, findet im großen Saal des Jugendheims...

Besitzübhaber. Die Kameraden werden daran erinnert, daß unter Ausmarsch am Sonntag...

Die Karlsruher Stiefelsohlenpreise vor der Strafkammer

Die badische Landesstaatsanwaltschaft hat den Antrag, ein recht neueres Pflaster zu sein. Die letzten amtlichen Erhebungen haben sogar ergeben...

Vor der Strafkammer fand gestern die Verurteilung Verhandlung in dieser Sache statt. Der Angeklagte machte geltend, daß der von ihm verlangte Preis von 7,30 Mark nicht zu hoch gewesen sei...

Es wurde jedoch eine Reihe von Zeugen vernommen. Ein Zeuge vom Preisprüfungsamt stellte fest, daß in anderen Städten das Schuhsohlenpreisen demals höher gewesen wäre...

Es erfolgte jedoch die Gutachten der Sachverständigen aus Schuhmacher- und Lederhändlerkreisen. Ein Sachverständiger bezeichnete einen Preis von 7,07 Mark für langgediebte Sohlen mit Fleck als richtige Anschaffung...

Das Urteil, das vom Vorstehenden Landgerichtsrat Venzler verkündet wurde, lautete auf 100 Mark Geldstrafe wegen preistreibenden Nachschaffens...

freie Wirtschaft angustreiben und auf der anderen Seite die freie Wirtschaft durch Preisbündnisse zu unterbinden.

Generalversammlung des Deutschen Verkehrsverbundes (Transportarbeiter-Verband), Ortsverwaltung Karlsruhe und Umgebung

Die Jahresgeneralversammlung des Deutschen Verkehrsverbundes fand am letzten Sonntag unter zahlreicher Beteiligung statt. Den Geschäfts- und Kasienbericht erstattete der Geschäftsführer...

Die außerordentlich rege Verbandsstätigkeit blieb denn auch nicht ohne Erfolg, was insbesondere aus dem Kassienbericht zu ersehen war...

Die anstehende Diskussion handelte von der Höhe, in welcher der Arbeiter zu den Kosten der Sozialversicherung beitragen sollte...

Außerdem noch der Kollege Sitt verschiedene Anfragen beantwortete, welche sich auf die Arbeitsverwaltung, die Arbeitslosenversicherung und die Arbeitsbeschaffung bezogen...

Damen- und Fremdenliste des Volkshaus West. Am kommenden Sonntag, 15. Febr., nachm. 4.30 Uhr beginnt die Damen- und Fremdenliste des Volkshaus West...

Für nur 35 Pfg.

kann man sich einen prachtvollen Nachtisch bereiten denn aus Dr. Oetker's Puddingpulver stellt man einfach und schnell einen

Oetker-Pudding

her der namengebend für Kinder ein Hochgenuss ist. Am beliebtesten sind Vanille- und Mandel-Geschmack. Es gibt außerdem noch Himbeer, Erdbeer, Zitronen- und Ananas Geschmack.

Für 2-6 Personen genügt:

Table with 2 columns: Ingredient and Quantity. 1 Päckchen Dr. Oetker's Puddingpulver, 1 Liter Milch, 2 Eißtel (50g) Zucker, 1 Eißtel (20g) Marga-lin (oder Butter).

Angerichtet wird der Pudding mit obgemachten Früchten oder Fruchtsaft, wenn nicht zur Hand nimmt man Dr. Oetker's Saucenpulver, entweder Vanille- oder Schokoladen-Geschmack.

Dr. A. Oetker, Bielefeld.

Letzte Nachrichten Zur Verhaftung Höfles

Die Verhaftung des früheren Reichspostministers Dr. Höfle stützt sich, wie die „N. Z. am Mittag“ meldet, auf die Annahme von persönlichen Vorteilen für pflichtwidrige Handlungen. So soll Dr. Höfle die Sicherstellung von Postgebühren bei der Depositions- und Handelsbank A.G. unterlassen haben, obwohl ein Aufsichtsratsmitglied dieser Bank auf die bedenklichen Zustände dieses Geldinstituts aufmerksam gemacht hat.

nisterpräsidenten in ihrer geistigen Beförderung mit diesem erklärt, daß sie auf der Verhinderung Severings bestehen müsse und den Anspruch der Sozialdemokratischen Partei auf mindestens zwei Ministerien anerkennt, sowie, daß sie in dem Kabinett Dr. Becker für das Kultusministerium nicht als einen Vertreter ihrer Partei ansehen würde.

Der Reichskanzler in Stuttgart

Stuttgart, 11. Febr. Reichskanzler Dr. Luthner ist heute mittags 12.43 Uhr in Begleitung von Staatssekretär Dr. Kempner, Geheimrat Saller und Regierungsrat v. Stöckhaußen von München kommend, hier eingetroffen, um der württembergischen Regierung einen Besuch abzustatten. Er wurde im Bahnhof von Staatspräsident Bazille empfangen. Der Reichskanzler fuhr in das Staatsministerium, wo zunächst eine Besprechung mit der württembergischen Regierung stattfand.

Stuttgart, 11. Febr. Aus Anlaß des Besuchs des Reichskanzlers bei der württembergischen Staatsregierung fand heute mittags im Weißen Saal des Schlosses ein geselliges Beisammensitzen statt, um dem Reichskanzler Gelegenheit zu geben, mit den geladenen Gästen aus allen Berufsständen Fühlung zu nehmen. Es waren etwa 400 Personen erschienen. Der Kanzler wurde vom Staatspräsidenten Bazille in einer Ansprache aufs herzlichste begrüßt. Reichskanzler Dr. Luthner erwiderte sofort und sagte u. a.: Es sind eine große Reihe von wichtigen Fragen im Schoße des Staatsministeriums mit mir besprochen worden und ich muß da angeben, daß diese Art der Behandlung der Dinge genau dem Gedanken entspricht, in dem ich selber die Reichsregierung führen will, nämlich die sachliche Arbeit über alles zu stellen. (Bravo!) Was die politischen Grundlagen dieser Arbeit betrifft, so kennen Sie aus mancherlei Äußerungen, die ich als Reichskanzler getan habe, die Tendenz, auf der die gegenwärtige Reichsregierung aufgebaut ist. Sie ist eine Mehrheitsregierung und als solche ja doch eigentlich die allein in Betracht kommende Regierungsform für einen parlamentarischen Staat. Wir wissen alle — hier in Württemberg wissen Sie es aus praktischer Erfahrung —, daß man mit einer Minderheitsregierung regieren kann. Das Reich hat ja auch unter meiner verantwortlichen Mitwirkung lange Zeit mit einer Minderheitsregierung gearbeitet. Aber ich glaube, daß für die schwierigen Aufgaben, die wie in der Reichsregierung jetzt zu lösen haben, solche festen tragfähigen Grundlagen gegeben sein müssen. Die Tendenz der Regierung, die ich zu führen die Ehre habe, wird immer sein, für die bestehenden höheren Einrichtungen auch in der Innenpolitik eine so breite Grundlage zu finden, wie wir sie nur langsam aufbauen können, eine Grundlage, die alle staatsrechtlichen Kräfte — und ich glaube, daß der große überwiegende Teil des deutschen Volkes aus solch staatsbelebenden Kräften besteht — miteinander vereinigt. Der Reichskanzler widmete schließlich der Bedeutung Württembergs im geistigen wirtschaftlichen und kulturellen Leben Deutschlands Worte freundschaftlicher Anerkennung, betonte nochmals die Notwendigkeit eines festen Zusammenschlusses und schloß mit einem Hoch auf das deutsche Volk und Vaterland. — Die Rede wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Lohnverhandlungen in der Metallindustrie

Bonn, 12. Febr. (Eig. Fundbüro.) Am Mittwoch fanden in Essen Verhandlungen zur Neuordnung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Metallindustrie (Nordwestgruppe) statt. Die Gewerkschaft forderte den Seitenlohn der 21-jährigen Arbeiter auf 70 Pfennig festzusetzen, und verlangte darüber hinaus die Wiedereinführung der örtlichen Tarife und die Einbeziehung der Arbeiter in die Lohnskalen durch die Ortsarbeitsgemeinschaft. Aber sowohl über diese Frage, wie über die Arbeitszeit kam es zu keiner Verständigung. Es verläutet nun, daß der Arbeitgeberverband den Schlichter anrufen wird. Am Schluß der Verhandlungen gab die Verhandlungskommission der Metallarbeiter folgende schriftliche Erklärung ab: „Die Verhandlungskommission kann einer längeren Arbeitszeit nur zustimmen, unter Voraussetzung, daß für die Dittendbetriebe generell die dreifache Schicht wieder eingeführt wird und für die zur Zeit über die wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden hinausgehenden Überstunden ein Lohnzuschlag bezahlt wird. Hierdurch wird unsere grundsätzliche Stellung zur Achtstundenschicht nicht berührt.“

Arbeiter agitiert für die Parteipresse!

(3) Der Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Karlsruhe, legt die Reihe seiner Vorträge über „Naturgeschichtliche Entwicklung“ morgen Freitag abends 8 Uhr fort mit dem Thema: „Die europäische Kultur des frühen Mittelalters“. Dieser Vortrag konnte am letzten Freitag umständlicher nicht stattfinden. Der die bisherigen Vorträge gehört hat, wird auch diesen Vortrag nicht vermissen. Gäste sind willkommen.

Landestheater. Man schreibt uns: Das zweimalige Gastspiel des noch vom Vorjahre her bei unserm Theaterpublikum in allerhöchster Erinnerung stehenden russisch-deutschen Theaters „Der blaue Vogel“ wartet mit einem Programm auf, das mit seinen zwölf Nummern — außer der letzten — hier noch nicht dargeboten wurde. Diese letzte Nummer aber ist der „Reiterlied“, jene tragisch-groteske Strahlenoper, die in ihrer schillerndsten Verfertigung überall zu tiefen Eindrücken hinführt, daß sie im notwendigen Wechsel der erneuerten Programme in der nächsten Saison nicht fehlen dürfte. Die beizugehenden Vorstellungen im Konzertsaal am Donnerstag, 12. Februar, und Freitag, 13. Februar, beginnen um halb acht Uhr.

Aus den Vororten

Müppur. Auf die heute abend im „Zähringer Böwe“ stattfindende Parteiverammlung sei hiermit nochmals hingewiesen. Genosse Regierungsrat Weichmann sprach über „Arthur Schillers Buch über Sowjetrußland“. Zahlreicher Besuch ist erwünscht.

Karlsruher Polizeibericht vom 12. Februar

Unfall mit Todesfolge. In der Oststadt fiel gestern vormittag ein 8 Jahre altes Kind in einen unbewachten Augenblick in den ex. lichen Wohnung über das etwa 1 Meter hohe Geländer der Veranda des 8. Stockwerkes in den Hof. Das Kind erlitt einen Schädel- und Oberarmbruch, sowie innere Verletzungen. Es wurde sofort in das Kinderkrankenhaus verbracht, wo es nachmittags starb.

Unfälle. Gestern nachmittag fiel ein im Stadteil Müppur wohnhafter 62 Jahre alter Zimmermann beim Strohladen auf dem Lagerplatz einer heißen Firma von dem geladenen Wagen rollend auf den Kopf. Er war etwa 1 Stunde bewußtlos und wurde mittels Krankenwagen ins Städt. Krankenhaus gebracht, wo eine Gehirnerschütterung festgestellt wurde. — In einer heißen Wäbelförmerei rutschte ein verheirateter 37 J. alter Metallschreiner beim Hobeln eines Brettes aus und kam mit der rechten Hand auf das Messer der Hobelmaschine, wobei er schwere Verletzungen davontrug.

Festgenommen wurden: Eine ledige 46 Jahre alte Stütze aus Wehr wegen Diebstahls, ein lediger 39 Jahre alter Hilfsarbeiter und ein lediger 26 Jahre alter Hilfsarbeiter von Anweisungen wegen Diebstahls, ein verheirateter 31 Jahre alter Maurer von Anweisungen wegen Diebstahls, ein 24 Jahre alter Buchhändler von Rue und ein 20 Jahre alter Former von hier, wegen Einbruchdiebstahls, verhaftet in der Nacht vom 8. Februar in einem Haus in der Angartenstraße, ein Arbeiter von Heidelberg, der als Klebender für eine auswärtige Firma tätig war und ihm anvertraute Warenbestände von höherem Werte verkaufte und von Geld für sich verwendete, ein Schiffer von Ruffort, der von der Staatsanwaltschaft Duisburg wegen Betrugs gefaßt wurde, ferner 15 Personen wegen verschiedener sonstiger strafbarer Handlungen.

Balata

nach dem Berliner Mittelkurs vom 11. Februar 1925. In Auszahlung: Belgien 21.44 M per 100 Belg. Fr.; Holland 169.10 M per 100 Hfl.; Spanien 59.60 M per 100 Pes.; Schweiz 81 M per 100 Schw. Fr.; Italien 17.40 M per 100 Lire; England 20.075 M per 1 Pfd. Sterl.; Schweden 119.20 M per 100 Kronen; Frankreich 22.54 M per 100 franz. Fr.; Dösterreich 5.918 M per 100 000 Kronen; Neuhork 4.20 M per 1 Dollar; Slowakei 12.41 M per 100 Kronen.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

für Freitag den 13. Februar: Geringe Regenfälle, fortdauernd mild.

Wasserstand des Rheins

Schifferinsel 42, gef. 3; Rehl 164, gef. 6; Wozau 386, gef. 6; Mannheim 282, gef. 6 Zentimeter.

Bereinsanzeiger

Stiftungen. (Naturfreunde) Freitag, 13. Febr., abds. 7/8 Uhr Generalversammlung im Stern. Vollständiges Erscheinen erwünscht. 182

Anderen Blättermeldungen zufolge ließ das Reichspostministerium auf die Villa des früheren Reichspostministers Höfle in Bietfeld bei Berlin eine Sicherungsbepflanzung von mehreren Hunderttausend Mark eintragen, jedoch Dr. Höfle über keine Villa, die den Hauptbestandteil seines Vermögens ausmacht, nicht mehr frei verfügen kann.

Berlin, 12. Febr. (Eig. Fundbüro.) In der heutigen Ausgabe des „Vorwärts“ wird ein Frage- und Antwortspiel über die Mannesmann-Kredite der Post veröffentlicht. Aus ihm ergibt sich, daß der Reichstagsabgeordnete Dr. Reißner für diese private Bank durch mehrmaliges Drängen bei dem Reichspostminister Dr. Höfle einen Kredit in Höhe von 5 Millionen Mark durchsetzte. Die Handels- und Depositionsbank war nicht in der Lage, diesen Kredit zurückzubekommen und Herr Mannesmann war bis dahin an dem Geschäft nur mit rund 1 Million beteiligt. Er ließ infolgedessen einen Bürgen einspringen. Da die Post ihr Geld nicht verlieren wollte, ließ sie Mannesmann weitere 2 1/2 Millionen Mark und ermäßigte gleichzeitig den Zinssatz. Das Gesamtdarlehen in Höhe von 7 1/2 Millionen Mark war aufhebend auf 1 Jahr geschlossen, in Wirklichkeit aber auf 5 Jahre. Selbst wenn Mannesmann mit dem Geld weiter nichts getan hätte, als es weiter zu lassen, so wäre es ihm jetzt ein leichtes, dasselbe abzurufen. Es ergibt sich also aus dem Tatsachen, daß mit den Geldern der Post eine ungeheure und skandalöse Verschwendung getrieben wurde.

In einem Artikel des „Offenburger Tagblatt“ wird über den Werdegang Höfles mitgeteilt, daß er sich vor seiner Ernennung zum Minister als Generalsekretär der Postbeamten-gewerkschaft an die Oberfläche zu drängen verstanden habe. Man hätte sich doch bei Höfle fragen müssen, wie denn dieser vermögenslose Mann sich den gewaltigen Aufwand leisten konnte, den er getrieben hat. Der Zentralvorstand des Zentrums wäre zu der Frage wohl verpflichtet gewesen, wie es Herr Dr. Höfle möglich wurde, eine luxuriöse Villaeinweihung in einer der ersten Spezialwerkstätten Baden sich zu bestellen. Es gab sicher viele Zentralvorstände, die in der Wohnung Dr. Höfles verkehrten, und es wäre sehr merkwürdig, daß keiner dieser Vorstände jemals auf den Namen des Ministergehalts diese Wohnungseinrichtungen besprochen worden ist.

Der deutschnationale Kronzeuge Jfidor Kreil

Bern, 12. Febr. (Eig. Fundbüro.) Die „Berner Tagwacht“ meldet über den deutschnationalen Kronzeugen Jfidor Kreil, daß dieser Lupo vor wenigen Wochen mit einem auf drei Tage lautenden und nur für den Grenzübertritt geltenden Paß unter falschem Namen nach Bern gekommen ist. Die Berner Polizei nahm ihn fest, ehe er in Täfellet treten konnte. Er hatte hier, nach seinen eigenen Aussagen, auch den Auftrag, nach der Adresse von Professor Förster zu forschen und bestimmte Parteigenossen über „Material“ gegen Ebert auszuhebeln, obwohl er selbst nicht einmal die Namen der besagten Berner Sozialdemokraten kannte. Er hatte sich ihre Adressen von einer Münchener Salenkreuzzentrale aufgeschrieben lassen. In Bern hat überhaupt niemand davon gewußt, wie man einen derartigen Menschen mit einer so wichtigen Mission beauftragen konnte. Kreil räumt sich, daß er Ebert niederschlagen werde, wenn er in dem vorgezeichneten Prozeß nicht erledigt werden wird. Die eidgenössische Behörde wies ihn nach einigen Wochen Untersuchungsbefehl über Basel aus. (Wie wir erfahren, wurde er hier bereits auf dem Bahnhofe von einem badischen Staatsanwalt in Haft genommen.)

Die Kabinettbildung in Preußen

Berlin, 11. Febr. Der preussische Ministerpräsident Marx beabsichtigt, wie aus parlamentarischen Kreisen des Landtags verlautet, zunächst zu versuchen, ein Volksgemeinschaftskabinett aufzubauen zu bringen. Er ist der Ansicht, daß dieser Gedanke, wenn er auch im Reich gescheitert ist, doch damit nicht ohne weiteres bei der Kabinettsbildung in Preußen ausbleibe. Wie ferner verlautet, hat die demokratische Fraktion dem Mi-

Eingemachte Salz-Bohnen Pfund 50 Pfg. bei 1298 Bucherer

Diamant und Presto-Fahrräder -- Ersatzteile -- Pneumatik -- Reparatur-Werkstätte. Kaver Hofner, Karlsruhe-Mühlburg, Hardtstraße 27 -- Telephon 1883. COLOSSEUM Täglich, 8 Uhr, das vollständig neue VARIETE-PROGRAMM

Offenburger Anzeigen Allgemeine Konsum-, Produktiv- und Baugenossenschaft Offenburg. Wir machen unsern Mitgliedern hiermit bekannt, daß die am Sonntag, den 15. Februar festgesetzte außerordentliche Generalversammlung mit gleichzeitiger Tagelohnung, in der Pranceri-Münchinger am Sonntag, den 1. März 1925, nachmittags 2 Uhr stattfindet. J. H. des Ausschusses: Julius Müller. Plakate aller Art liefert rasch und billig Buchdruckerei Geck & Cie., Luisenstraße 24, Teleph. 128.

Riesen-Salz-Heringe Stück 7 Pfg. bei 1297 Bucherer

Pfannkuch
Corned-Beef
 offen
 1 Pfund **60** Pfg.
 1 Pfd.-Dose engl. **60** Pfg.
 6 Pfd.-Dose engl. **3 20** Pfg.

Mieter- u. Bauverein
 Karlsruhe e. G. m. b. H.
 Wir haben auf 1. März l. J. zu vermieten:
 Gerbinsstr. Nr. 3, II. eine Wohnung von 2 Zimmern und Zubehör.
 Winterstr. Nr. 24a, III. Neubau gegen Baugeld (eigene Wohnung von 2 Zimmern u. Zubehör). Bewerbungen wollen im Büro bis Dienstag, den 17. l. Mts., abends 6 Uhr erfolgen, wobei die Vermietung freibleibend.
 Karlsruhe, 9. Febr. 1925.
 Der Vorstand.

Zu verkaufen:
 Ineischlitziges, vollständiges Bett mit Federbetten sowie ein einzelnes Bett mit Holz u. Matratze für 65 Mark.
 Schützenstr. 4, Stb. I.

Pfannkuch
 Billige
Fette
 Nuß-Schmalz
 reines Pflanzenfett
 offen 1 Pfund **64** Pfg.
 1 Pfd. Würfel **70** Pfg.
 Kokosfett
 1 Pfd. Tafel **65** Pfg.
 Margarine
 1 Pfund **65** Pfg.
 Amerikanisches Schmalz
 garantiert rein
 1 Pfund **95** Pfg.
 Deutsch raffiniertes Schweine-Schmalz
 1 Pfund **1 15** Pfg.

Resi
 Waldstraße
 Ab Freitag:
DAS SCHÖNE ABENTEUER
 Aus dem Leben einer Frau, die ein Abenteuer suchte und einen — Mann fand.
 Darsteller: 1294
 Gg. Alexander, Eugen Burg, Vilma Banky, Ernst Reicher.

„Rumänien“ Landwirtschaft in der Walachei.
 Maul- und Klauenseuche in Karlsruhe bett.
 Nachdem die Maul- und Klauenseuche unter dem Viehbestand der Firma Richter & Co. in Karlsruhe und unter dem Schweinebestand der Bad. Landwirtsch. Kammer in Karlsruhe in der Gottesackerstraße hier erloschen ist, werden die mit anseheriger Verfügung vom 10. Januar 1925 angeordneten Sperrmaßnahmen hiermit wieder aufgehoben.
 Karlsruhe, den 10. Februar 1925. 439
 Bezirksamt. — Polizeidirektion B.

„Zum Salmen“
 Am La Wipplag
 Telefon 2019.
 Gut bürgerliches Speisereaurant.
 Warme Speisen zu jeder Tageszeit.
 Prima hausgemachte Wurstwaren.
 Freitag:
Schlachttag
 Reichhaltige Schlachtplatten in del. Galle.
 Samstag abend 6 Uhr: Rindfleisch.
 Anstehank von H. Ratschbräu
 Sonntag früh **Frühchoppen-Konzert**
 unter Mitwirkung d. Schäfers Männerquartett.
 1215
 Fritz Weisel, Regger und Dirig.

„Zum Goldenen Faß“, Wielandstr. 18
 Morgen sowie jeden Freitag **Schlachttag**.
 Anerkannt gute Weine von 25 Pfg. an.
 1311 W. Genter.

„Krokodil“
 Jeden Donnerstag
Schlachtfest
 Münchener Löwenbräu, hell und dunkel
Märzenbier
 direkt vom Faß.
 1299 J. Mölth.

Tüchtiger Glaser
 (Rahmenmacher) gesucht
 Puh, Ruppurrerstraße Nr. 25.

Wir haben noch einen Restbestand an
Marmeladen und Konfitüren
 in 1 Pfund-Gläsern, in 2, 5 und 10 Pfund-Eimern von anerkannt guter Qualität vorrätig und geben diese, um damit schnell zu räumen, zu äußerst billigen Preisen auch in kleinen Mengen und direkt an Konsumenten ab. Verkauf nur noch diese Woche in der Zeit von 9—12 Uhr vormittags und 2—5 Uhr nachmittags.
 Verkaufsort: Hardtstraße 33a.
Baldur A.-G.

Badisches Landestheater
 Donnerstag, den 12. Februar, 7—10 Uhr (S.—) A 16: Th.-Gem.
 2101—2500, Volksh. 6
Die Fledermaus
IM KONZERTHAUS:
 7 1/2 bis nach 1/10 Uhr (A 50)
 Erstes Gastspiel des Kaiserlichen-Deutschen Theaters
Der blaue Vogel
 Die von der Volkshöhe für den 13. ausgegebenen Karten haben erst am Freitag, den 20. (Kaisertag) Gültigkeit.

Arbeiter
 kaufen ihre
 bl. Arbeitskleider,
Hosen, Windjacken, Anzüge, Mäntel, Gummi-Mäntel, Anzüge, Samakosen u. h. v. Teilschleppen u. Unterhosen
 sehr preiswert bei
Maier, Wendelschuhfabr.

Sozialdemokrat. Partei Karlsruhe
 Morgen Freitag, 8 Uhr, spricht im „Café Rotwand“ die Reichstagsabgeordnete **Frau Toni Pfälz** aus München bei der Werbegruppe der Gewerkschafter über das **bayerische Konfordat** (Neuregelung der Kirchen- und Schulverhältnisse in Bayern).
 Alle Parteigenossen werden zu dieser Veranstaltung herzlich eingeladen. Der Vorstand.

Deutscher Eisenbahnerverband
 Ortsgruppe Karlsruhe (Geschäftsstelle Rantestr. 26).
 Sonntag, den 15. Februar, nachmittags pünktlich 2 Uhr beginnend, im Restaurant „Grünwald“, Ruppurrerstraße 2
Jahres-Generalfammlung

Tages-Ordnung:
 1. Geschäfts- und Kassenbericht.
 2. Rennung der Ortsverwaltung und sonstiger Funktionen.
 3. Beratung und Beschlußfassung etwaiger Anträge.
 Zahlreichen Besuch erwünscht.
 Die Ortsverwaltung.
 J. M. Bärtle.
 Zutritt zur Generalfammlung nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches.

Gesangverein d. Nähmaschinenbauer von Junker & Ruh.
 Samstag, den 14. Februar 1925
Grosser Masken-Ball
 im großen Saale des „Kühlen Krug“
 Gut besetztes Orchester.
 Tanzleitung: A. Reischle.
 Beginn 7 1/2 Uhr.
 Eintritt: für Mitglieder 50 Pfg., für Nichtmitglieder Mk. 1.50.

Allgemeine Drischrankenkasse Karl. rube.
Zahlungs-Aufforderung.
 Der Einzahlungstermin der Beiträge zur Krankenversicherung und Gewerkschaftskasse für den abgelaufenen Monat verliert den Beitraggeber, welche die Beiträge almonatlich in der Zeit vom 4. bis 10. zu entrichten haben, ist abgelaufen. Die in Verzug gekommenen schuldner werden aufgefordert, bei dem jetzt beginnenden Einzug durch den Kassenboten an letzteren bei Vorzeigen des Fortsetzungsbescheides sofort Zahlung zu leisten. Wird an den Kassenboten nicht sofort Zahlung geleistet, dann gilt die Zustellung des Fortsetzungsbescheides als wiederholte Mahnung. In letzterem Falle erfolgt alsbald ohne weiteres die Zwangsverfolgung, wobei der Kassenbot stand berechtigt ist, Verzugszinsen sowie eine Pfändungsanordnungsgebühr zu erheben. Die Krankentafelbeiträge sind bis zur vorchriftsmäßigen Abmeldung zu bezahlen. Arbeitgeber, welche nach jeder Lohnzahlung die Beiträge mit Nachweilung einzahlen, werden von dieser Maßnahme nicht berührt. 1293
 Karlsruhe, den 11. Februar 1925.
 Der Kassenverstand: Verwaltungsdirektion: W. Hof. St. amund.

„Dulla-Tee“
 gehaltvoll u. billig
 Wenn Du gesucht und nicht gefunden Das Beste was es gibt an **TEE** So fordere, wo Du bist Kunde Die „Gratisprobe“ **Dulla-Tee.**
TEE-, Kakao- und Vanille-Import
L. Richtersheimer, Mannheim
 Wiederverkäufer erhalten Gratisproben von **Hermann Manding, Karlsruhe**, Herrenstraße 4 — Telefon 5542.

Pfannkuch
 Sonder Angebot!
 Diese Woche billige
Seefische
 infolge großer Zufuhren direkt von der See, in schwerster Eispackung
Kabeljau
 topflos, im ganzen Fisch
 1 Pfund **32** Pfennig
 Im Anschnitt
 1 Pfund **34** Pfennig
 Großabnehmer Sonderpreise!
 Feinste frische
Tafelmargarine
 bester Butterersatz
 1 Pfund **1.**

Pfannkuch
Rastatter Anzeigen.
Brennholz-Versteigerung
 am Freitag, den 13. Februar, vormitt. 9 Uhr, mit Zusammenkunft im diesjährigen Viehschlag (Vogelweide) 440
5473 Wellen.
 Rastatt, den 11. Februar 1925.
 Der Oberbürgermeister.

Pfannkuch
 Täglich frische
 Sendung
Vollfett-Süß-Büchlinge
 40 Pfg.
 5 Pfd.-Riffchen
 Nr. 1 90
Pfannkuch

In 30 Minuten Ihr Paßbild
 im Photogr. Atelier
 Kaiserstr. 50, Eing. Adlerstr.
Kinderwagen
 fast neu, zu verkaufen
 Kronenstr. 44, 2. Stock
 Herrenstr. 43, 2. Zimmer
 Edd. Sulfameranstr.
 Kreuzstr. 22 (Baden), 1292

Zu verkaufen
 6 reibhahnbare, hühere
 1923/1924 Brut
 Gießstraße 10 IV.

Schul-Artikel
 Briefpapiere
 Schreibwaren
 Ansichtskarten
 empfiehlt
Volksbuchhandlung
 Wöhrstr. 43, Tel. 3701.

Pfannkuch
 Neues
Silber-Sauerkraut
 12 Pfg.
 10. —
Frankfurter Würstchen
 3 Paar 1 25

Pfannkuch
Rauchfleisch
 2. —
Ausland-Speck
 1 30
Pfannkuch